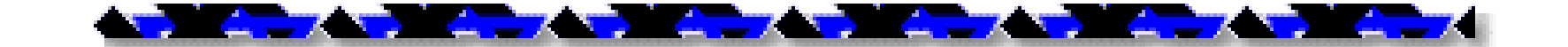
Auswanderung der Juden aus dem Dritten Reich



Ingrid Weckert

Kritik: Die Stimme des Volkes, Folge Nr. 88; Nordwind-Verlag © 1994.
Hier nachgedruckt mit freundlicher Genehmigung des Copyright-Inhabers.
Diese digitalisierte Version © 1999 by The Scriptorium.
Druckversion 2016 gesetzt vom Hilfsbibliothekar,
alle externen Verweise im Text führen zu den Quellen im Netz.

Inhalt:



Teil 1 - Einführung

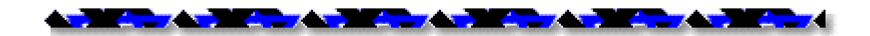
Die zeitgenössische Geschichtsschreibung hat es sich angewöhnt, alles, was mit dem Dritten Reich zusammenhängt, nur in negativen Farben zu malen, völlig unbeeinflußt von den tatsächlichen historischen Ereignissen. Das trifft besonders dann zu, wenn von der Bevölkerungsgruppe der Juden die Rede ist. So wird auch die Auswanderung der Juden aus Deutschland oft völlig entstellt dargestellt.

Es gibt immer noch Publikationen, in denen die Dinge so geschildert werden, als sei die Auswanderung der Juden eine Art Geheimaktion gewesen. Als hätten die Juden, die Deutschland verlassen wollten, sich gegen den Willen der deutschen Behörden, oft bei Nacht und Nebel, heimlich über die Grenze schleichen und dabei ihre gesamte Habe und ihr Vermögen zurücklassen müssen. In anderen Darstellungen kann man lesen, daß Deutschland sich die Auslandsvisa habe teuer bezahlen lassen. Sowohl der Erfindungsgeist wie die Dummheit der Autoren kennen auf diesem Gebiet keine Grenzen.

Die Wahrheit ist, daß die Auswanderung von der deutschen Regierung gewünscht wurde und vielfach unter einem immer stärker werdenden Druck stattfand. Die antisemitische Gesetzgebung im Dritten Reich ist ein Faktum, das von niemandem bestritten werden kann. Der seelische Druck, unter dem die Juden seit 1933 in Deutschland lebten, und die oft tragischen Folgen für die betroffenen Personen oder Familien sollen mit keinem Wort bagatellisiert werden. Aber das alles ist bereits in zahllosen Publikationen, in Rundfunk- und Fernsehsendungen in das Bewußtsein der Öffentlichkeit getragen worden. Wir brauchen darauf hier nicht einzugehen.

Entgegen zahlreichen Erlebnisberichten oder Lebenserinnerungen muß jedoch festgehalten werden: Die Auswanderung war keine wilde Flucht, sondern ein durch rechtliche Bestimmungen geregeltes Geschehen. Der Zweck dieser Ausführungen ist, diese Bestimmungen näher zu erläutern und so zu dem überlieferten Bild der jüdischen Auswanderung aus Deutschland die fehlende Ergänzung zu liefern.

Die deutschen Behörden und die jüdischen Organisationen haben zum Zweck der Auswanderung eng zusammengearbeitet. Die an einer Auswanderung interessierten Juden wurden von allen Seiten ausführlich beraten und ihnen wurde zahlreiche Hilfe zuteil. Von einer geheimen Flucht, bei Nacht und Nebel über irgendeine Grenze kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil. Der deutschen Regierung lag daran, die Juden aus dem Land zu bekommen. Es wäre widersinnig gewesen, wenn sie sie daran gehindert hätte.



Teil 2 - Die jüdische "Kriegserklärung"

Nach der Wahl Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 und der darauf folgenden Machtübernahme durch die nationalsozialistische Partei glaubte die überwiegende Mehrheit der 500.000 in Deutschland lebenden Juden durchaus nicht, daß die neue politische Konstellation für sie zu einer grundsätzlichen Änderung ihres Lebens führen mußte. Allenfalls rechneten sie mit temporären Behinderungen, aber nicht mit einer generellen Ausschaltung aus dem öffentlichen Leben oder gar mit einer Abdrängung aus Deutschland. So packten zunächst lediglich politisch exponierte Personen ihre Koffer und verlegten ihr Domizil ins Ausland, zumeist in der Überzeugung, früher oder später zurückkommen zu können.

Bereits am 24. März 1933, also keine 2 Monate nach der Regierungsübernahme durch die

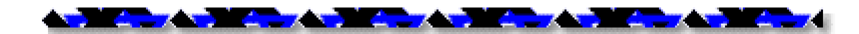
Nationalsozialisten, erklärte die "Judenheit der Welt", wie sie sich nannte ("World Jewry"), Deutschland den Krieg. Da die "Judenheit der Welt" über kein Staatswesen verf



Judea Declares War
Text des Artikels
(engl. Original)

Nach dieser spektakulären Erklärung, die im Londoner *Daily Express* erschienen war, hätte es eigentlich nicht nur der "Judenheit der Welt", sondern auch den in Deutschland lebenden Juden klar sein müssen, daß das für sie nicht ohne Folgen bleiben kann. Kein Land der Welt, das etwas auf sich hält - und das damalige Deutschland hielt viel auf sich! - kann eine solche Herausforderung unbeantwortet lassen. Zudem traf uns der Wirtschaftsboykott an unserer schwächsten Stelle.

Die wirtschaftliche Lage war katastrophal genug. Über 6 Millionen Arbeitslose, unzählige in Konkurs gegangene Betriebe, ein zusammengebrochenes Wirtschaftssystem bildeten für die neue deutsche Regierung eine fast untragbare Last und unlösbar scheinende Aufgaben. Der zusätzliche Boykott deutscher Waren durch das Ausland hätte uns eigentlich den Todesstoß versetzen müssen. Daß das nicht geschah, daß sich Deutschland im Gegenteil in unglaublich kurzer Zeit wirtschaftlich erholte und beispielgebend für andere Länder wurde, war allein dem Genie der damaligen Führung zuzuschreiben. Das bestätigen nicht nur zahlreiche zeitgenössische Berichte, sondern auch einige Studien der neueren Zeit, die sich in ihren Darstellungen den Tatsachen verpflichtet fühlen. In diesem Zusammenhang sei ganz besonders auf das Werk von Rainer Zitelmann (*Hitler*) hingewiesen, in dem er der wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands zwei Kapitel widmet.[1]



Teil 3 - Juden in Deutschland

Eine Folge der feindseligen Haltung des sogenannten Weltjudentums waren die Bestrebungen der deutschen Regierung, jüdische Bürger aus einflußreichen staatlichen Stellen zu entlassen; später erst erwuchs vor allem aus der jüdischen Kriegserklärung der Wille, sie aus Deutschland zu entfernen, sie zur Auswanderung zu bringen. Dies führte dann folgerichtig zur staatlichen Förderung der Auswanderung der Juden aus Deutschland.

Zweifellos war das für die deutschen Juden eine tragische Entwicklung. Denn unbeschadet der Tatsache, daß die sogenannte Weltjudenheit Deutschland den Krieg erklärt hatte, war Deutschland die Heimat für Hunderttausende von ihnen. Die meisten lebten hier bereits seit mehreren Generationen. Für sie war "Auswandern" eine zunächst nicht vorstellbare Alternative. Viele konnten sich lange Zeit nicht zu diesem Schritt entschließen.

Es gab unter den deutschen Juden eine Vielzahl von Gruppen und Untergruppen mit zahlreichen voneinander abweichenden politischen Meinungen. Neben rein religiösen Vereinigungen existierten die unterschiedlichsten Verbände mit oft entgegengesetzten Ansichten zu bestimmten Fragen.

Die vier größten jüdischen Vereinigungen waren:

1. Der "Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", kurz "Zentralverein" oder CVgenannt. Er bestand seit 1893. Er wurde 1935 umbenannt in **"Central-Verein der Juden in Deutschland"**. Mitglieder ca. 70.000. Sein politisches Organ war die ***C.V.-Zeitung***.

2. Die "Zionistische Vereinigung für Deutschland" (ZVfD), gegründet 1897. Mitglieder ca.

10.000. Sie gab die ***Jüdische Rundschau*** heraus.

Im Jahr 1925 hatte sich die "Zionistische Vereinigung" gespalten. Es entstand eine "Neu-Zionistische Bewegung", die sich auch "Revisionisten" oder "Staatszionisten" nannten. Der Name "Staatszionisten" kennzeichnete das Streben nach einem eigenen, jüdischen Staat. Gründer und Leiter der Revisionisten war Vladimir Jabotinsky. Sein Vertreter in Deutschland wurde Georg Kareski.

3. Der "Reichsbund jüdischer Frontsoldaten" (RjF), gegründet 1919. Mitglieder ca. 10 000, Zeitung: ***Der Schild***.

4. Der "Verband nationaldeutscher Juden" (VNJ), gegr. 1921, Mitglieder ca. 10.000, Zeitung: ***Der nationaldeutsche Jude***.

Um die jüdischen Interessen gegenüber der Regierung besser vertreten zu können, wurde **1933** ein Dachverband gegründet mit dem Namen **"Reichsvertretung der deutschen Juden"** (RV). Die "Reichsvertretung" wurde **1935** umbenannt in **"Reichsvertretung der Juden in Deutschland"** und **1939** umbenannt in **"Reichsvereinigung der Juden in Deutschland"**. Der VNJ weigerte sich jedoch, diesem Dachverband beizutreten.

Trotz aller Differenzierungen lassen sich zwei Grundrichtungen unterscheiden: eine, deren das Deutschtum die Hauptsache und Judentum nur Religionsangelegenheit war, und eine andere, die mit der jüdischen Religion auch das Bewußtsein einer anderen Volkszugehörigkeit verband. Diese zweite Gruppe waren die Zionisten. Innerhalb der deutschen Juden waren sie zwar in der Minderheit, gewannen aber im Laufe der Zeit den größten Einfluß.

Die überwiegende Mehrzahl der deutschen Juden lebte schon seit weit über hundert Jahren hier. Mit dem Judenedikt (1812) war die politische Gleichstellung der Juden erreicht und waren die bis dahin geltenden Restriktionen aufgehoben worden. Sie fühlten sich demnach als Deutsche und nicht als Fremde. Die Anhänglichkeit an Deutschland führte, zumindest in den ersten Jahren nach 1933, nicht nur zu Sympathiekundgebungen und positiven Stellungnahmen für ihr deutsches Vaterland und die nationalsozialistische Bewegung, sondern teilweise auch zu einer ausgesprochenen Feindschaft gegenüber den Zionisten, die im Laufe der Zeit immer stärker auf Unterbindung jedweder Assimilierung und auf Auswanderung drängten.

Zunächst hatte es auch in der zionistischen *Jüdischen Rundschau* noch geheißen:

"Das deutsche Volk soll wissen, geschichtliche Verbundenheit von Jahrhunderten ist nicht so einfach zu lösen." (13.4.1933)

Und etwas später schrieb die gleiche Zeitung:

"Wir glauben, daß auch die deutschen Juden ihren Platz und ihre Eingliederung in diesem Staate finden müssen und wir hoffen, daß sich noch die Form hierfür, die mit den Grundsätzen des neuen Staates in Einklang steht, wird finden lassen." (29.8.1933)

Noch nach den sogenannten "Nürnberger Gesetzen" schrieb die *Jüdische Rundschau,* daß es jetzt die Aufgabe der Juden sei, ihre Sonderstellung innerhalb des deutschen Volkes nach der positiven Seite zu entwickeln. (17.9.1935)

Hier sollen noch einige weitere Zitate folgen, die dokumentieren, wie sehr sich in jenen Jahren auch jüdische Bürger mit Deutschland identifizierten. Natürlich soll das nicht den Eindruck erwecken, als

hätten die Juden in der Mehrheit nicht eine mißtrauische oder ablehnende Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Regierung eingenommen. Aber es gab auch andere Standpunkte, die heute in der Regel verschwiegen werden.

In Punkt 1. der Satzung des "Verbandes Nationaldeutscher Juden" (VNJ) hieß es:

"Der VNJ ist eine Organisation der Deutschen jüdischen Stammes, die bei offenem Bekennen ihrer Abstammung sich mit deutschem Wesen und deutscher Kultur so unauflöslich verwachsen fühlen, daß sie nicht anders als deutsch empfinden und denken können."[2]

Dr. Max Naumann, der Vorsitzende des VNJ, hatte schon über ein Jahrzehnt vorher, in den Jahren 1920 und 1924 - also lange vor dem Aufkommen des Nationalsozialismus - wiederholt Aufsätze zur Judenfrage veröffentlicht. In diesen Arbeiten vertrat er folgende Positionen: Er unterscheidet zwischen "Deutschjuden" und "Fremdjuden" und sagt:

"Die Deutschjuden gehören zum deutschen Volke, die Fremdjuden zu einem in alle Winde zerstreuten Volk ohne Land, denn auch das englische Palästina ist keineswegs ihr Land und wird es niemals sein."

Die Fremdjuden definiert er weiterhin als eine Gruppe, die sich auszeichnet *"durch die krampfhaft aufrecht erhaltene Rückständigkeit", "durch den Wahn, eine Gemeinschaft von Auserwählten und für die anderen ein 'Problem' zu sein"*.

Zu den "Fremdjuden" rechnet er auch die Zionisten. Und hier unterscheidet er wiederum zwischen zwei Gruppen. Die "ehrlich und gerade denkenden Zionisten" sind die, die ihre Andersartigkeit erkennen und bereit sind, als Fremde in Deutschland zu leben, gegebenenfalls auch unter Fremdgesetzgebung. Wer aber weder zu den einen, also den "Deutschjuden", noch zu den andern, den bewußten Zionisten, gehört, ist *"der Rest, der wert ist, zugrundezugehen. Denn es ist immer noch besser, daß ein kleiner Rest von Wurzellosen zugrundegeht, als daß Hunderttausende von Menschen zugrundegehen, die wissen, wohin sie gehören. - Nicht zugrundegehen darf unser deutsches Volk."*[3]

Man kann sagen, das ist die Ansicht eines einzelnen, aber dieser Mann, mit diesen Ansichten, wurde Jahr für Jahr zum Vorsitzenden des Verbandes der Nationaldeutschen Juden gewählt. Das wäre ja kaum möglich gewesen, wenn der Verband sich von der Meinung des Dr. Naumann hätte distanzieren wollen. Man kann also mit Recht davon ausgehen, daß es eine Gruppe von Juden gab, die eine solche sehr extreme Ansicht in bezug auf ihr Judentum besaß.

Wie schon oben erwähnt, weigerte sich der Verband Nationaldeutscher Juden, sich dem Dachverband der anderen jüdischen Gruppen anzuschließen. Seine Mitglieder fühlten sich so sehr als Deutsche, daß sie meinten, in einem jüdischen Dachverband nichts verloren zu haben.

Noch radikaler war die Einstellung einer deutsch-nationalen Jugendgruppe, das "Schwarze Fähnlein". Es löste sich 1934 auf, nachdem ein Teil seiner Mitglieder aus dem Judentum ausgetreten war, um, wie es in der offiziellen Erklärung hieß, "die restlose Trennung vom Judentum in jeder Form" zu demonstrieren.[4]

Nicht nur dem Deutschtum, sondern auch dem Nationalsozialismus gegenüber gab es eine Reihe von positiven Stellungnahmen.

In der Zeitschrift *Der Nationaldeutsche Jude* wurde schon 1931 die Frage gestellt: *"Können Juden Nationalsozialisten sein?"* und sie wurde uneingeschränkt bejaht. Die Zeitung schrieb:

"Haben nicht wir Juden unser Blut auf den Kampffeldern für Deutschland vergossen? War nicht ein Jude Präsident des ersten deutschen Parlaments in der Paulskirche?[5] *War nicht der Gründer der konservativen Partei ein Jude? Wem verdanken die Parteien, welche ein einiges deutsches Vaterland zu ihrer Losung erheben, ihr Entstehen und ihre Organisation? Den Juden! Wer hat die Forderungen, die heute die Hauptpunkte des nationalsozialistischen Programms ausmachen, zuerst mit voller Schärfe und Deutlichkeit formuliert? Ein Jude - Walter Rathenau."* (Nr. 1, Januar 1931.)

Nach der Machtübernahme durch Hitler schrieb die gleiche Zeitung:

"Das Deutschland der Zukunft steht vor ganz neuartigen Aufgaben, und diese können nur durch ein von Grund auf erneuertes Volk gelöst werden. Dieses Volk zu schaffen, es zu schaffen in der Gestalt einer nationalen Gemeinschaft, die im Laufe der deutschen Geschichte noch niemals bestanden hat, ist die große und, wenn sie im rechten Sinn unternommen wird, wahrhaft befreiende Aufgabe der nationalen Führer." (1933, Mitte Mai, Sondernummer.)

Herr Naumann vom VNJ erklärte 1934:

"Wir haben stets das Wohl des deutschen Volkes und Vaterlandes, dem wir uns unauflöslich verbunden fühlen, über unser eigenes Wohl gestellt. Deshalb haben wir die nationale Erhebung vom Januar 1933 begrüßt, trotzdem sie für uns selbst Härten brachte, denn wir sahen in ihr das einzige Mittel, den in vierzehn Unglücksjahren von undeutschen Elementen angerichteten Schaden zu beseitigen."[6]

Ein orthodoxer Rabbiner aus Ansbach, ebenfalls 1934:

"Ich lehne die Lehren des Marxismus vom jüdischen Standpunkt aus ab und bekenne mich zum Nationalsozialismus, natürlich ohne seine antisemitische Komponente. Ohne den Antisemitismus würde der Nationalsozialismus in den überlieferungstreuen Juden seine treuesten Anhänger finden."[7]

Wie bereits gesagt, waren das natürlich nicht die Ansichten einer ins Gewicht fallenden Anzahl von Leuten, aber es gab eben auch diese Haltung - eine Einstellung übrigens, die den Nationalsozialisten überhaupt nicht paßte. Sie wollten keine Zustimmung zu ihren Ideen durch jüdische Bürger, sie wollten, daß die Juden möglichst zahlreich aus Deutschland verschwanden.

Dieser von den Nationalsozialisten eingenommenen Haltung entsprach im Prinzip die Einstellung der Zionisten. Sie traten für ein volksbewußtes Judentum ein und bestritten aus diesem Grund das innere Verhaftetsein der Juden an Deutschland. Aber sie befürworteten den Nationalsozialismus, mit dem sie die gleiche Grundeinstellung verband: das Bekenntnis zum eigenen Volk und Staat.

Im Dezember 1935 wurde Georg Kareski, der Vorsitzende der deutschen Staatszionisten, von einem Mitarbeiter der Goebbels-Zeitschrift *Der Angriff* im Zusammenhang mit den "Nürnberger Gesetzen" interviewt. Seine Meinung zu der Art, wie einzelne Fragen in diesen Gesetzen behandelt worden waren, war durchaus positiv. Kareski sagte, daß die Nürnberger Gesetze alte zionistische Forderungen erfüllen. So z.B. die Trennung von deutschem und jüdischem Volkstum, die Einrichtung von Schulen nur für jüdische Schüler, Pflege und Förderung einer spezifisch jüdischen Kultur und vor allem das staatliche Verbot von Mischehen, die nach dem jüdischen Gesetz ohnehin nicht zugelassen waren. (*Der Angriff*, 23. Dezember 1935.)[8]

Das Kareski-Interview blieb auch in jüdischen Kreisen nicht unumstritten. Aber es gab sowohl orthodoxe als vor allem zionistische Gruppen, die Kareski zustimmten.

Teil 4 - Auswanderung

Für die Zionisten war eine Zukunft für Juden nur in einem eigenen Land, dem damaligen Palästina, denkbar. Allerdings war auch für sie die Idee, daß *alle* Juden Deutschland verlassen sollten, nicht vorstellbar. Sie wollten vor allem jüngere Juden für die Auswanderung gewinnen, die auch die schwere Arbeit in Palästina leisten konnten. Zur Förderung ihrer Idee hielten sie eine Zusammenarbeit zwischen der nationalsozialistischen Regierung und ihrer Organisation nicht nur für möglich, sondern für die einzig realistische Perspektive überhaupt. Und sie behielten mit ihrer Prognose recht. Im Laufe der Jahre kam es zu einer immer engeren und für die Juden, die nach Palästina auswandern wollten, überaus positiven Kooperation.

Den deutschen Institutionen lag daran, die Auswanderung so schnell wie möglich abzuwickeln. Wie bereits gesagt, fanden sich die jüdischen Gruppen und Organisationen erst nach einer gewissen Zeit bereit, aufgrund der Zeitumstände die Notwendigkeit einer Auswanderung einzusehen.

Es gab **drei jüdische Auswandererorganisationen**, die zum Teil schon seit Beginn des Jahrhunderts in Berlin bestanden.

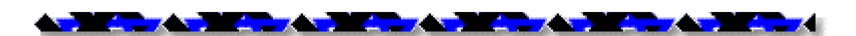
Der **Hilfsverein für deutsche Juden** war zuständig für die Auswanderung in alle Länder mit Ausnahme Palästinas. Er unterhielt zahlreiche Korrespondenten im Ausland, die die Möglichkeiten von Einwanderung und Ansiedlung, bzw. Unterbringung deutscher Juden prüften und Kontakte mit den dortigen jüdischen Organisationen aufnahmen, um den Neueinwanderern die Eingewöhnung zu erleichtern.

Das **Palästinaamt** beschäftigte sich ausschließlich mit der "Alija" - wörtlich: "Aufstieg", gemeint ist derAufstieg nach Jerusalem als Synonym für die Einwanderung nach Palästina. Seine "Kunden" waren vor allem jüngere Juden, die für die schwere körperliche Arbeit, die eine Ansiedlung in Palästina mit sich brachte, geeignet waren.

Eine dritte Einrichtung war die **Hauptstelle für jüdische Wanderfürsorge**. Damit waren ursprünglich jüdische Personen gemeint, die sich auf der Wanderschaft durch Deutschland befanden. Später wurde die Betreuung und Rückführung nichtdeutscher Juden ihr Hauptaufgabengebiet.[9]

Die nationalsozialistische Regierung versuchte ihrerseits die Auswanderung der ihr unerwünschten jüdischen Bevölkerung weitgehend zu fördern. Es waren vor allem **zwei Abkommen, die die Auswanderung staatlich regelten: die "Haavara" und das "Rublee-Wohlthat-Abkommen"**. Die Haavara galt von 1933 bis 1941 und betraf die Auswanderung nach Palästina. Dieses Abkommen wird inzwischen in der einschlägigen Literatur regelmäßig erwähnt. Der ehemalige Direktor der Haavara, Werner Feilchenfeld, gab 1972 eine eigene Broschüre darüber heraus, die aber offensichtlich von den meisten Leuten, die über die Haavara schreiben, nicht gelesen wurde, sonst würden sie nicht soviel Unsinn darüber publizieren.

Das Rublee-Wohlthat-Abkommen hingegen wird allgemein totgeschwiegen.[10] Es betraf die Mehrzahl der auswandernden Juden, all jene, die nicht nach Palästina gingen, sondern in ein anderes europäisches oder überseeisches Land. Das waren ca. zwei Drittel aller Auswanderungen. Leider war das Abkommen nur 8 Monate in Geltung, dann brach der Krieg aus und die geregelte Auswanderung fand ihr Ende. Wenn wir es hier erwähnen, so deshalb, weil es die Absichten der deutschen Regierung klarmacht, der damals nichts ferner lag, als die "Vernichtung der Juden".



Teil 5 - Haavara

Bereits im Februar 1933 traten die ersten Abgesandten aus Palästina, Vertreter der Zitrus-Pflanzengesellschaft "Hanotea Ltd.", an die deutsche Regierung heran und versuchten herauszufinden, wie man die beiderseitigen Interessen - von deutscher Seite: Auswanderung, von jüdisch-palästinensischer Seite: Einwanderung - unter einen Hut bringen könnte. Die jüdische Seite versuchte, möglichst vorteilhafte Auswanderungsbedingungen zu erreichen, die dann Palästina zugute kommen sollten. Die deutschen Behörden waren mit den jüdischen Vorschlägen weitgehend einverstanden, und es kam schon im Mai 1933 zu den ersten wirtschaftspolitischen Abschlüssen, die dann im Laufe des Jahres zu dem Haavara-Abkommen führten. - Das Wort "Haavara" (sprich: Ha-avara mit Betonung auf der letzten Silbe) ist hebräisch und bedeutet "der Transfer" bzw. "die Überführung". In diesem Fall die Überführung von Vermögen und Waren. Unter diesem hebräischen Namen ist das Abkommen in die deutschen Akten eingegangen.[11]

Die Haavara sah folgende Regelung vor: Juden, die nach Palästina auswandern wollten, konnten ihr Vermögen auf ein oder mehrere Konten von zwei bestimmten jüdischen Banken in Deutschland einzahlen. Sie konnten es auch dann einzahlen, wenn sie zunächst noch in Deutschland bleiben wollten, die Ausreise also nur in Erwägung gezogen, aber noch nicht fest geplant war. Über dieses Geld konnten sie zunächst zugunsten von bereits in Palästina ansässigen jüdischen Siedlern frei verfügen. Sie konnten aber auch das Geld in Palästina anlegen. Sie konnten sogar ihre eigene, später vielleicht einmal anfallende Krankenversicherung bis zu zehn Jahre im voraus davon bezahlen. Damit erhielten die deutschen Juden Rechte, die den übrigen deutschen Reichsbürgern verwehrt waren. Feilchenfeld schreibt:

"Die Vorbereitung einer Heimstätte in Palästina für in Deutschland noch (...) verbliebene Personen stellte eine im Rahmen der deutschen Devisenbeschaffung ungewöhnliche Durchbrechung des Verbots der Vermögensanlage von Deutschen im Ausland dar."[12]

In das Haavara-Abkommen wurde, in Zusammenarbeit mit einem Reisebüro in Tel Aviv, auch ein Reisekreditabkommen eingebaut, mit dessen Hilfe deutsche Juden vor ihrer Auswanderung eine Erkundungsreise nach Palästina unternehmen und sich im Land über Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten orientieren konnten. Sie zahlten dafür ihre Unkosten in Reichsmark ein und bekamen in Palästina Gutscheine für alle anfallenden Ausgaben.[13] Auch das war eine Ausnahmeregelung, da zur Zeit der Devisenbewirtschaftung Auslandsreisen für Deutsche normalerweise nicht möglich waren. (Die Gruppenreisen mit der KdF wurden auf dem Weg des Clearing verrechnet.)

Wenn es soweit war, daß sie auswandern wollten, bekamen sie von der Deutschen Bank, zum jeweiligen Marktwert, das notwendige sogenannte Vorzeigegeld von 1.000,- Palästina-Pfund (entsprach dem englischen Pfund Sterling) in Devisen ausbezahlt. Die Zuteilung von Devisen stellte unter den damaligen Devisenbestimmungen eine ausgesprochene Ausnahme dar, deren nur die auswandernden jüdischen Bürger teilhaftig wurden, betont der israelische Historiker Avraham Barkai in seiner Studie *Vom Boykott zur "Entjudung"*.[14] Das Geld mußten sie bei der Einreise in Palästina vorweisen. In einer vor einigen Jahren erschienenen Arbeit wird das so dargestellt, als hätten sie mit den 1.000,- Pfund das Einreisevisum bezahlen müssen.[15] Das ist kompletter Unsinn. Das Geld gehörte ihnen und sie sollten damit nur beweisen, daß sie imstande waren, sich selbst zu ernähren und eine neue Existenz aufzubauen und somit nicht der jüdischen Gemeinschaft in Palästina zur Last fallen würden.

Der Rest ihres Geldes blieb zu ihrer Verfügung auf ihrem Haavara-Konto. Bei der Auswanderung konnten sie ihren gesamten Hausrat mitnehmen, dazu Maschinen und Geräte für die Berufsausübung bzw. die Gründung einer neuen Existenz und was sie sonst zu ihrem normalen

Leben brauchten. Die für alle übrigen deutschen Staatsbürger damals geltende "Reichsfluchtsteuer" - das war eine von Reichskanzler Heinrich Brüning 1931 eingeführte Abgabe, die jeder deutsche Bürger zu leisten hatte, der Deutschland für immer verlassen wollte - mußten die über die Haavara auswandernden Juden nicht bezahlen.

Von den Haavara-Konten wurden Waren bezahlt, die palästinensische Kaufleute aus Deutschland importierten. In Palästina erhielten die Einwanderer den Gegenwert in Häusern, Grundstücken, Zitruspflanzungen oder auch das gesamte Guthaben in bar ausbezahlt. Durch Zusatzabkommen konnten auch Kaufleute aus Ägypten, Syrien und dem Irak über die Haavara Importe aus Deutschland finanzieren.[16]

Es gab eine Reihe von Zusatzregelungen und weiteren Erleichterungen. Darunter die, daß alle Versorgungsbezüge und Renten ohne Abzüge an die ausgewanderten Juden in Palästina überwiesen wurden.[17]

Auch konnten in Palästina ansässige Juden Zahlungen an Verwandte und Freunde in Deutschland über die Haavara vornehmen.

"Die Unterstützungsspender zahlten den Gegenwert in palästinensischer Währung zu einem verbilligten Kurs bei der Haavara zugunsten der Unterstützten in Deutschland ein. Der Unterstützungsempfänger erhielt dann den Gegenwert in Reichsmark durch die Paltreu[18] *in Berlin. Dieses System eines privaten Clearings von Unterstützungszahlungen nach Deutschland wurde von 1937 an zu einer weltweiten Organisation ausgebaut, deren Aufgabe es war, die ausländischen Unterstützungszahlungen an Juden in Deutschland aus allen Ländern durchzuführen und die anfallenden Devisen für den jüdischen Kapitaltransfer nach Palästina zu verwenden."*[19]

Von einer anderen Art des Clearings berichtete der Reichsbankrat Walther Utermöhle, der damalige Leiter der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung im Reichswirtschaftsministerium.

"Daneben wurde ein Clearing zwischen auswandernden Juden und (...) aus dem Ausland zurückwandernden Deutschen ermöglicht. Wenn zum Beispiel ein Deutscher sein Haus oder sein Geschäft (wegen des Boykotts im Ausland) nicht verkaufen konnte und in Deutschland einen Juden fand, der ähnliche Vermögenswerte besaß, so wurde eine Tauschgenehmigung erteilt, bei der keine Seite einen ungerechtfertigten Gewinn machen konnte." (Leserbrief in *Deutsche Wochen-Zeitung*, 16.12.1977.)

Außer den offiziellen Bestimmungen, die die Mehrzahl der Juden betraf, gab es also noch eine Unzahl von Einzelfällen, die über die Haavara zugunsten der Auswandernden geregelt werden konnten.

Einen sehr großen Vorteil bot die Haavara für minderbemittelte Juden, die von sich aus nicht in der Lage gewesen wären, die eintausend Pfund "Vorzeigegeld" aufzubringen. Sie konnten über die Haavara ohne weiteres Kredite aufnehmen, die sie erst nach einer Reihe von Jahren zurückzahlen mußten.[20] Außerdem wurden die Transfer-Kosten für diese Leute um 50% ermäßigt. Praktisch war es dadurch jedem Juden in Deutschland möglich, auszuwandern - sofern er nach Palästina wollte.

Das Haavara-Abkommen, bzw. die sich darin äußernde positive Grundhaltung der deutschen Regierung zur Förderung der jüdischen Auswanderung, ermutigte so manchen deutschen Verantwortlichen zu Aktionen am Rande der Legalität. Rolf Vogel, der ehemalige Bonner jüdische Korrespondent und Herausgeber der Deutschlandberichte, die der deutsch-jüdischen Verständigung gewidmet waren, berichtet in seinem Buch *Ein Stempel hat gefehlt* folgendes:

"Zahlreich waren einzelne Hilfsaktionen jenseits der Legalität, vor allem dann, wenn die betreffenden Juden nicht nach Palästina wollten und sonst nicht zu helfen war. So kam es vor, daß Juden ihre Betriebe verkaufen mußten und den Erlös verloren, weil sie ihn nicht transferieren konnten. Um dies zu verhindern, boten die Beamten einer Reihe jüdischer Inhaber an, zunächst pro forma nicht auszuwandern, sondern für ihren alten Betrieb als Vertreter im Ausland tätig zu werden. Mit Hilfe von hohen Provisionen und Beteiligungen am Verkaufserlös konnten die jüdischen Kaufleute im Ausland dann einen Teil ihrer verlorenen Gelder in Devisen herausbekommen.

Ein anderer Transfer-Trick, der mit Wissen und Wohlwollen der Devisenbeamten zuweilen weiterhalf, war der Geldtransfer via Amtsgericht: Jemand hinterlegte beim Amtsgericht einen Umschlag mit der Verfügung 'Mein letzter Wille'. Der Betreffende wanderte anschließend aus und ließ nach einigen Monaten über die ausländischen Justizbehörden seinen letzten Willen - einen Umschlag mit Geld und Wertpapieren - ins Ausland nachsenden.

Ähnlich reibungslos funktionierte hin und wieder der Geldtransfer per Zeitungsannonce. Ein Jude inserierte beispielsweise von Zürich aus im 'Völkischen Beobachter': 'Vertreter gesucht.' In Deutschland ließ er dann mit Geld oder Aktien gefüllte Briefumschläge unter der angegebenen Chiffre an den 'Völkischen Beobachter' senden, der die Briefe gesammelt nach Zürich weiterleitete."[21]

In gewissem Umfang trug die Haavara zur Entwicklung des deutschen Außenhandels bei. Allerdings war dieser Punkt kaum ein wesentlicher Faktor bei der Entscheidung für das Abkommen, wie man das gelegentlich lesen kann.[22]

Insgesamt darf man die Folgen für die deutsche Wirtschaft nicht überschätzen. Der Warenverbrauch einer Gemeinschaft von 200.000 bis 300.000 Menschen - und mehr umfaßte der Jischuw (die jüdische Gemeinschaft Palästinas) damals nicht -, der zudem noch auf bestimmte Produkte beschränkt war, konnte kaum in der Lage sein, einem 60-Millionen-Volk wesentliche Exporthilfe zu leisten. Außerdem kamen für den Verkauf nach Palästina keine Devisen ein, sondern er wurde mit dem deutschen Geld aus den Haavara-Konten bezahlt. Auch Feilchenfeld betont, daß die Exportförderung durch die Haavara keinen eigentlichen Vorteil für Deutschland bedeutete, da *"die Haavara kein Deviseneinkommen für Deutschland darstellte."*[23]

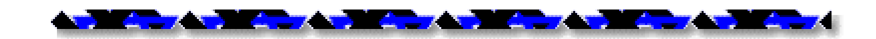
Für Palästina hingegen brachte die Haavara unermeßbare Vorteile mit sich. In der von Feilchenfeld herausgegebenen Broschüre wurde Dr. Ludwig Pinner, ehemaliges Direktionsmitglied der Haavara-Gesellschaft, nicht müde, das Loblied dieses Abkommens zu singen.

"Palästina war bis in den Anfang der dreißiger Jahre im wesentlichen ein Agrarland, auf primitiver Entwicklungsstufe."[24] Erst die aus Deutschland kommenden Einwanderer haben *"die wirtschaftliche Struktur und das gesellschaftliche Gepräge des Jischuw tiefgreifend verändert und einen ausschlaggebenden Beitrag zu seiner Entwicklung geleistet. Unter ihrer Beteiligung und Einwirkung hatte sich die industrielle Produktion verdoppelt, die Technik modernisiert, und die erzeugten Waren kamen allmählich in Auswahl und Qualität auf ein europäisches Niveau."*[25] *"Die Betätigung der deutschen Juden als Industrielle und Investoren war ausschlaggebend für die Entwicklung, die die Wirtschaft des Jischuw aus dem vorindustriellen und vorkapitalistischen Stadium herausführte."*[26] Ihr Einfluß *"auf die Entwicklung des jüdischen Palästina fand seinen Ausdruck jedoch nicht nur in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sphäre; er war auch bedeutungsvoll im kulturellen Bereich, auf wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet. Die moderne Ausstattung der Krankenhäuser, die der Transfer ermöglicht hatte, machten Palästina zu einem medizinischen Zentrum ersten Ranges."*[27] *"Der Einsatz dieser Menschen in Forschungs- und Lehrstätten, in Wirtschaft und Verwaltung, im öffentlichen Leben und in der*

Verteidigungsorganisation war von unermeßlicher Bedeutung für die Vorbereitung des Jischuw auf die schicksalhaften Aufgaben, die ihm bevorstanden."[28]

Das Geld der "Kapitalisten", die durch die Haavara praktisch unbeschränkt nach Palästina einwandern konnten, ermöglichte auch die Arbeitereinwanderung.

"Palästina als Land des Aufbaus kann neue, arbeitsuchende Einwanderer in demselben Verhältnis aufnehmen, wie durch einströmendes Kapital und Unternehmungsgeist neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden", erklärte Dr. Georg Landauer, Leiter der deutschen Abteilung der Jewish Agency und Mitglied des "Board of Directors" der Haavara, in einem Gespräch mit der *Jüdischen Rundschau*. Es bestünde aber die Furcht, daß begüterte Juden mit ihrem Kapital in andere Länder abwandern und nach Palästina nur die armen Juden kommen. Landauer warnte: *"Es kann keine Einwanderung von Arbeitnehmern ohne eine Einwanderung von Arbeitgebern stattfinden."* (*Jüdische Rundschau*, 18.2.1936.)



Teil 6 - Widerstand gegen die Haavara: auf jüdischer Seite

Trotz der für die Juden und für Palästina durchaus positiven Seite des Haavara-Abkommens war der Widerstand dagegen auf jüdischer Seite erheblich. Das Hickhack hinter den Linien beschreibt ausführlich Edwin Black in seinem Buch *The Transfer Agreement*.[29] Die Tatsache, daß es zwischen dem Dritten Reich und der zionistischen Organisation ein Abkommen zum Vorteil Israels gegeben hat, scheint ihm unbegreiflich und unentschuldbar und er klagte die betroffenen jüdischen Stellen der "Nazi-Mittäterschaft" an. Das ist um so weniger verständlich, als er überzeugt ist, daß alle in Deutschland zurückgebliebenen Juden dem Holocaust zum Opfer fielen.

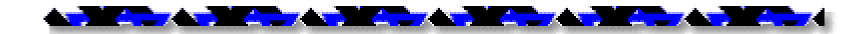
Jüdische Organisationen in aller Welt beklagten den Bruch des Boykotts gegen Deutschland durch die eigenen Leute. Der Vorteil für die aus Deutschland auswandernden Juden galt ihnen nichts im Vergleich zum Verrat der allgemein-jüdischen Interessen.

Aber auch in Palästina selbst gab es Schwierigkeiten. Die Monopolstellung der Haavara bei der Einfuhr deutscher Waren erregte den Neid palästinensischer Kaufleute, die ihre eigenen Aktivitäten gefährdet sahen. Vor allem die junge jüdische Industrie in Palästina, die den Absatz eigener Waren erstrebte, meuterte gegen die Einfuhr besserer und billigerer Artikel aus Deutschland. Die Haavara mußte schließlich den Forderungen jüdischer Unternehmer nachgeben und verhängte einen Einfuhrstop für bestimmte Waren. Sie garantierte dadurch den "Tozeret-Haarez"-Schutz (Schutz für einheimische Produkte). Gerissene Unternehmer lavierten geschickt zwischen den unterschiedlichen Möglichkeiten und nutzten sie zu ihrem Vorteil aus. Es kam vor, daß sich ein Unternehmen zunächst seinen Maschinenpark durch die Haavara beschaffte und anschließend für die damit erzeugten Waren den "Tozeret-Haarez"-Schutz in Anspruch nahm. Dadurch verringerte sich der Warenbedarf im Land und die Transfermöglichkeiten auf den Haavara-Konten lagernder Gelder.[30]

Die *Jüdische Rundschau* beklagte einmal dieses wenig Solidarität mit den deutschen Juden zeigende Verhalten:

"Bei der Palästinawanderung von Juden aus Deutschland und auch bei der Überweisung der Gelder für die jüdischen Fonds spielt die Frage des Transfers eine finanztechnisch wichtige Rolle. Ohne Kapitaltransfer ist eine Auswanderung großen Stils unmöglich. (...) Wenn es trotzdem immer wieder in der palästinensischen Öffentlichkeit zu Diskussionen über diese Sache kommt, so dürfte

dies teilweise der Unkenntnis der wirklichen Zusammenhänge, teilweise der Einwirkung von Interessenten zuzuschreiben sein, die aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen die Konkurrenz der Haavara gerne ausschalten möchten." (12.11.1935.)



Teil 7 - Widerstand gegen die Haavara: auf deutscher Seite

Das Haavara-Abkommen fand auch bei deutschen Stellen nicht ungeteilten Beifall. Tatsächlich bedeutete es ja nicht nur eine erhebliche Belastung für den deutschen Devisenhaushalt, sondern brachte uns auch politische Nachteile ein. Der deutsche Generalkonsul in Jerusalem, Hans Döhle, betonte in einer Studie vom 22. März 1937, daß die deutsche Regierung durch das Haavara-Abkommen "all die Gesichtspunkte, welche in anderen Ländern für die Wahrung des deutschen Interesses maßgebend sind, zurückgestellt" hat, hinter der "Förderung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland und der Seßhaftmachung der ausgewanderten Juden in Palästina". Die Stärkung der jüdischen Wirtschaft, die wir "durch die Erleichterung der Verpflanzungsmöglichkeit deutsch-jüdischer Industrieunternehmungen nach Palästina erst ermöglicht haben", muß sich auf dem Weltmarkt gegen uns auswirken. Döhle betonte, "die Gegnerschaft der palästinensischen Juden dem Deutschtum gegenüber tritt bei jeder Gelegenheit in Erscheinung."[31]

Großbritannien fühlte sich durch die deutsche Wareneinfuhr in sein Mandatsgebiet benachteiligt und startete in seiner Presse Angriffe gegen Deutschland. Nach der Studie Döhles sah die Negativbilanz des Haavara-Abkommen wie folgt aus:

1. Devisenverlust durch Warenausfuhr ohne Devisenerlös.

2. Durch Aufbau der jüdischen Wirtschaft Stärkung des antideutschen jüdischen Einflusses in Palästina.

3. Lenkung der deutschen Einfuhr nach Palästina durch die Jewish Agency ohne Berücksichtigung der deutschen Verkaufsinteressen.

4. Verärgerung der im Lande ansässigen arabischen und deutschen Kaufleute, die nur noch über die Jewish Agency mit Deutschland Geschäfte abschließen können.

5. Verärgerung der britischen Mandatsmacht, die ihre Vorrangstellung durch die deutschen Konkurrenten gefährdet sieht.

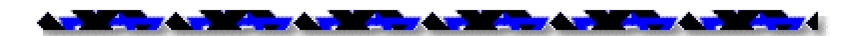
Die Skepsis Döhles war nicht unberechtigt, wenn man bedenkt, daß er vor Ort täglich antideutsche Ausfälle erleben mußte und sich gleichzeitig bewußt war, wieviel das Land den deutschen Einwanderern verdankte. Palästina glich einem Tier, das die Hand beißt, die es füttert. Die feindselige Einstellung der Juden Palästinas gegen Deutschland äußerte sich auf vielen Ebenen. So wurde z.B. in einem Purim-Umzug[32] Deutschland als giftgrüner, mit Hakenkreuzen übersäter, feuerspeiender Drache dargestellt und ein Schild forderte den "Tozeret-Haarez"-Schutz und den Boykott gegen deutsche Waren.[33]

Trotz all dieser Bedenken entschied Adolf Hitler wiederholt, daß die Auswanderung der Juden mit allen Mitteln zu fördern sei und eine Aufhebung des Haavara-Abkommens nicht in Frage käme.

Der Vermögenstransfer über die Haavara war auch noch nach Kriegsausbruch, durch Einschaltung neutraler Länder, möglich. Erst im Dezember 1941, als die USA in den Krieg eintraten, brachen die

Verbindungen ab.

Die Abwicklung der Haavara in Deutschland lag in den Händen der beiden jüdischen Banken Warburg in Hamburg und Wassermann in Berlin. Bei Kriegsende befanden sich noch Beträge der Haavara auf den Konten. Sie waren von der deutschen Regierung als Feindvermögen sichergestellt worden und wurden den Eigentümern nach 1945 in voller Höhe zurückgezahlt.[34]



Teil 8 - Auswanderung und die SS

Von den deutschen Stellen war es - neben dem Reichswirtschaftsministerium - paradoxerweise[35] ausgerechnet die SS und ihre Einrichtungen, die die jüdische Auswanderung unterstützten und förderten.

Die SS hatte sich von Anfang an darum bemüht, Einfluß auf die deutsche Judenpolitik zu nehmen. Sie empfahl die Förderung der jüdischen Massenauswanderung, warnte aber gleichzeitig davor, Druck auf diejenigen Juden auszuüben, die sich in erster Linie als deutsch, und dann erst als jüdisch empfanden. Man müsse erst einmal ein jüdisches Bewußtsein und jüdisches Selbstverständnis in ihnen wecken. Das sollte durch die Förderung jüdischer, kultureller Einrichtungen geschehen. Erst ein sich seiner Identität bewußt gewordener Jude würde auch bereit sein, Deutschland zu verlassen und in ein zukünftiges jüdisches Heimatland auszuwandern.[36]

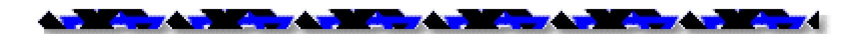
Unter diesen Auspizien standen alle Förderungs- und Schutzmaßnahmen, die SS und Gestapo jüdischen Einrichtungen zuteil werden ließen. So seltsam es sich anhört, aber die Gestapo war damals die Adresse, an die sich viele Juden wandten, wenn ihnen von einer anderen deutschen Behörde eine Benachteiligung ins Haus stand oder sie sonst Hilfe brauchten. Als z.B. im Verlauf der sogenannten Kristallnacht, im November 1938, auch das jüdische Auswanderungsbüro in der Berliner Meinekestraße beschädigt wurde, war es die SS, die Mannschaften zum Aufräumen schickte und alles daransetzte, das Büro so schnell wie möglich wieder arbeitsfähig zu machen.[37]

Eine Art Propagandaschrift für die Auswanderung nach Palästina hatte schon 1934 Leopold Edler von Mildenstein, der spätere Judenreferent der SS, verfaßt. Mildenstein fuhr 1934 nach Palästina und blieb ein halbes Jahr dort. Sein Reisebericht unter dem Titel "Ein Nazi fährt nach Palästina" erschien in mehreren Folgen in der Goebbels-Zeitschrift *Der Angriff* (26. Sept. - 9. Okt. 1934). Der Bericht ist sehr lebendig und anschaulich geschrieben und gibt ein interessantes Bild der Zustände im englischen Mandatsgebiet und der politischen Strömungen in Palästina Anfang der dreißiger Jahre. Er ist noch heute lesenswert. Als Verfassername benutzte Mildenstein das Pseudonym "Lim", die ersten drei Buchstaben seines Namens, auf hebräische Art von rechts nach links gelesen.

SS und Gestapo beteiligten sich an der Einrichtung und Finanzierung von Umschulungslagern, die inzwischen in ganz Deutschland von der Zionistischen Organisation angelegt worden waren. Hier sollten vor allem junge Juden landwirtschaftliche und handwerkliche Berufe erlernen und auf das völlig andere Leben in Palästina vorbereitet werden. Teilweise stellte die SS sogar Grund und Boden für die Errichtung solcher Lager zur Verfügung. Nicosia bringt in seinem Buch "Third Reich" eine Karte mit dem Stand vom August 1936, auf der 40 solcher Einrichtungen verzeichnet sind, die sich über das ganze Reich erstrecken, vom äußersten Norden (Flensburg bzw. Gut Lobitten, Krs. Königsberg/Ostpr.) bis in den Süden, nahe der Schweizer Grenze (Gut Winkelhof).[38]

Auch in Österreich, der damaligen Ostmark, wurden nach dem staatlichen Anschluß solche Umschulungslager eingerichtet. Adolf Eichmann, der Leiter des Wiener "Hauptamtes für jüdische

Auswanderung", setzte sich persönlich dafür ein. Er hat auch später die illegale Auswanderung zusammen mit dem Mossad (s. weiter unten) tatkräftig gefördert. Gelegentlich eskortierten SS-Einheiten jüdische Auswanderergruppen über die Grenze und sorgten dafür, daß sie ungehindert passieren konnten. Hannah Arendt war der Meinung, daß seine Bemerkung vor dem Jerusalemer Tribunal, im Jahr 1960, er habe Hunderttausende von jüdischen Leben gerettet, durchaus den Tatsachen entsprach, wenn sie auch im Gerichtssaal mit Hohngelächter quittiert worden sei.[39]



Teil 9 - Das Rublee-Wohlthat-Abkommen

Die Haavara bezog sich ausschließlich auf die Auswanderung nach Palästina. Die zweite staatliche Regelung, das Rublee-Wohlthat-Abkommen, betraf die Auswanderung in andere Länder und damit die Mehrzahl der auswandernden Juden. Ähnlich wie in Palästina wurde auch in anderen Ländern der Nachweis der finanziellen Unabhängigkeit verlangt, was für Deutschland erhebliche Probleme mit sich brachte. Denn die Deutsche Reichbank war dadurch gezwungen, große Mengen der an sich schon knappen Devisenbestände für die Auswanderung zur Verfügung zu stellen. Viele Länder verhängten darüberhinaus Einwanderungsstops für Juden.

Dieses Problem war das Thema einer internationalen Flüchtlingskonferenz, die im Sommer 1938 im französischen Kurort Evian-les-Bains am Genfer See tagte. Vertreter von 32 Staaten trafen sich vom 6. bis 15. Juli im Hotel Royal zu gemeinsamen Besprechungen über Hilfsmöglichkeiten für die deutschen Juden. Alle Teilnehmer der Konferenz waren sich einig: Sie verurteilten den in Deutschland herrschenden Antisemitismus, sie waren voll Mitgefühl für die armen Juden, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, sie stimmten Resolutionen zu, daß es unbedingt notwendig sei, Orte zu finden, an denen die Juden unterkommen konnten - aber jeder einzelne Redner betonte, daß gerade sein Land leider nicht in der Lage sei, ihnen durch Aufnahme einer größeren Anzahl von Einwanderern zu helfen.

Das einzige Ergebnis der Konferenz war schließlich die Einrichtung eines "Zwischenstaatlichen Komitees", das sich in London etablierte. Sein Präsident wurde der Washingtoner Rechtsanwalt George Rublee.

Rublee versuchte von Anfang an, mit der deutschen Regierung in Kontakt zu kommen. Diese Bemühungen, die der deutsche Botschafter in London, Herbert von Dirksen und der Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Ernst Woermann, unterstützten, wurden monatelang von dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, dem Vater des letzten deutschen Bundespräsidenten, erfolgreich torpediert. Es gibt dazu ausführliche Aufzeichnungen in den deutschen Aktenbeständen.

George Rublee

Weizsäcker ließ Rublee sagen, daß er sich keinerlei Hoffnungen auf eine irgendwie geartete Mitarbeit der deutschen Seite zu machen brauche. Er wies wiederholt die Versuche anderer Diplomaten zurück, die Rublee mit deutschen Behörden in Verbindung bringen wolten. Er verbot sogar der deutschen Botschaft in London, auf die Kontaktversuche Rublees irgendwie zu reagieren, oder sie auch nur Berlin gegenüber zu erwähnen. Er erkundigte sich beim britischen Geschäftsträger in Berlin, ob Rublee überhaupt Arier sei. Als Rublee von sich aus nach Berlin fahren wollte, wies Weizsäcker dieses Angebot schroff zurück, weil das, nach seiner Meinung, keinen Wert habe.[40]

Ernst v. Weizsäcker

Schließlich erfuhr Hitler auf Umwegen von den Eigenmächtigkeiten Weizsäckers und bestellte kurzerhand Reichsbankpräsident von Schacht zu sich. Er beauftragte ihn, einen Finanzierungsplan auszuarbeiten, der die Auswanderung der noch in Deutschland lebenden Juden ermögliche. Schacht entwarf einen Vorschlag, und Hitler sandte ihn damit Mitte Dezember 1938 nach London zu Gesprächen mit Rublee und anderen Persönlichkeiten.

Nach dem Krieg hat Schacht das so dargestellt, als seien der Plan und die Englandreise seine Ideen gewesen, die er Hitler hätte mühsam einreden müssen. Die Dokumente der damaligen Zeit beweisen das Gegenteil. Nach seiner Rückkehr aus London war in der Berliner *BZ* vom 19. Dezember 1938 eine von ihm initiierte Notiz erschienen: *"Schachts Gespräche in London, der Zweck der Reise"*. Das Auswärtige Amt reagierte darauf sauer und Weizsäcker bekam den Auftrag, Schacht zur Rede zu stellen. Das geschah in einem Telefongespräch vom 20. Dezember 1938, über das Weizsäcker eine Notiz anfertigte.[41] Darin heißt es, Weizsäcker habe Schacht gefragt, ob ein Auftrag des Führers vorgelegen, oder ob er, Schacht, die Zeitungsmeldung veranlaßt habe.

"Präsident Schacht gab unumwunden zu, daß derArtikel von ihm stamme. Es handle sich um einen Auftrag des Führers, den er, der Präsident, in dem ihm gesteckten Rahmen in London ausgeführt habe. Der Führer wünsche von ihm Berichterstattung nach Rückkehr. Er, Schacht, habe sich daher jetzt beim Führer zum Vortrag gemeldet, hoffe diesen in ein bis zwei Tagen erstatten zu können und werde danach umgehend sich auch bei dem Herrn Reichsminister (Ribbentrop) zur Berichterstattung einfinden. Ehe er dem Führer Meldung gemacht habe, möchte er sich in dieser Sache nicht weiter äußern."

Schachts späte Erinnerungen an diese Phase seiner Tätigkeit wurden offensichtlich von den historischen Ereignissen beeinflußt und getrübt. Er hat verschiedenes völlig anders dargestellt, als es die Dokumente belegen.

Jedenfalls wurde 1938 der Schacht-Plan vom Zwischenstaatlichen Komitee als Diskussionsbasis angenommen. Im Januar darauf wurde Rublee, unter Umgehung des Auswärtigen Amtes, nach Berlin eingeladen. Er verhandelte dort zunächst mit Schacht, dann mit Görings Ministerialdirektor Helmut Wohlthat. Innerhalb von vier Wochen kam es zum Abschluß des Rublee-Wohlthat-Abkommens.

Die Grundidee dieses Abkommens war: Ein international überwachter Treuhandfonds sollte gegründet werden, dem 25% des sich in Deutschland befindlichen jüdischen Vermögens zugeführt würde. Ausländische Kreditgeber sollten ihrerseits Auswanderungshilfen leisten, die die Reichsregierung mit 20 Jahresraten in ausländischer Valuta zurückzahlen würde. So sollte jeder Auswanderer außer dem notwendigen "Vorzeigegeld" ein Mindestkapital zur Errichtung einer Existenz erhalten. Zur Auswanderung sollten zunächst 150.000 arbeitsfähige Juden kommen, deren Angehörige später folgen sollten. Rublee bzw. das Zwischenstaatliche Komitee wollten sich um Länder bemühen, in die die Juden einwandern könnten. Alle über 45 Jahre alten Juden sollten in Deutschland bleiben können und von Diskriminierungen verschont werden. Wohn- und Arbeitsbeschränkungen für diese Juden sollten aufgehoben werden.

Der Text des Memorandums über die zwischen Rublee und Wohlthat getroffenen Vereinbarungen galt offiziell als Vertrag. Dieses Memorandum hatte Rublee nach seiner Rückkehr nach London verfaßt und an Wohlthat geschickt. Weizsäcker weigerte sich jedoch, das Abkommen zu paraphieren,[42] weil das Auswärtige Amt in die Verhandlungen nicht eingeschaltet worden war - was er ja selbst verhindert hatte.

Daraufhin legte Hermann Göring den Text Adolf Hitler vor, der dem Abkommen ausdrücklich zustimmte. Rublee seinerseits unterbreitete den Text einer internationalen Kommission, die aus den

Regierungsvertretern von 30 Staaten bestand. Rublee wurde von dieser Kommission beauftragt, Wohlthat mitzuteilen, daß diese Länder das zwischen ihnen getroffene Abkommen mit Interesse zur Kenntnis genommen hätten, und daß sie alles tun würden, um die Auswanderung der Juden aus Deutschland aufgrund dieses Abkommens weitgehend zu fördern. - In der Praxis sah das mit der Förderung dann freilich anders aus, aber das lag nicht an den von deutscher Seite initiierten Vereinbarungen.

Nach erfolgreichem Abschluß der Verhandlungen legte der 72jährige Rublee sein Amt als Direktor des Zwischenstaatlichen Komitees aus Altersgründen nieder.

In England wurde eine Finanzierungsgesellschaft mit einem Startkapital von 1 Million Dollar gegründet. In den Vereinigten Staaten verpflichteten sich jüdische Bankiers, die genügenden Mittel aufzubringen, um die Durchführung jedes einzelnen Siedlungsprojektes zu garantieren. Der neue Direktor des Zwischenstaatlichen Komitees, Sir Herbert Emerson, war überzeugt, daß die Auswanderung der Juden gesichert sei und in drei bis fünf Jahren abgeschlossen werden könne.[43]

Im Januar 1939 wurde in Berlin die "Reichszentrale für die Auswanderung der Juden" gegründet. Ihre Arbeit basierte auf dem Rublee-Wohlthat-Abkommen. Sie arbeitete eng mit der jüdischen "Reichsvereinigung der Juden" zusammen, um die Abwicklung der Auswanderung zu vereinfachen.

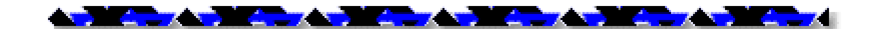
Die Arbeit lief zuerst nur langsam an, weil sich die meisten Länder weigerten, jüdische Einwanderer aufzunehmen. Aber durch das Rublee-Wohlthat-Abkommen war wenigstens die finanzielle Barriere beseitigt worden. Rublee sagte später über diese Zeit:

"Die Deutschen erfüllten alle ihre Verpflichtungen (...) In den Monaten zwischen meiner Abreise aus Deutschland und dem Ausbruch des Krieges kam es kaum noch, wenn überhaupt, zu Judenverfolgungen in Deutschland. Einige reisten aus, und die übrigen hatten es in Deutschland leichter. Ich erhielt eine ganze Anzahl von Briefen aus Deutschland, in denen (...) mir (Juden) (...) ihren Dank für das, was ich für sie getan hatte, zum Ausdruck brachten."[44]

Mit Kriegsbeginn wurden allerdings die Aussichten für die Auswanderer, ein Zielland zu finden, immer geringer. Zudem sperrte die englische Blockade den bis dahin benutzten Seeweg. Palästina wurde von England durch verschärfte Einwanderungsbedingungen ebenfalls so gut wie geschlossen.

Die Auswandererrouten führten ab dann vor allem auf Landwegen, z.B. über Griechenland und die Türkei. Das *Jüdische Nachrichtenblatt* veröffentlichte in seinen Ausgaben vom 18. und 21.6.1940 eine abenteuerliche Route "über Yokohama nach Amerika". Eine Landkarte zeigte die neuen Reisewege: Berlin - Warschau - Moskau - Tschita - Schanghai - Yokohama - San Francisco/Los Angeles. Ab hier entweder in östlicher Richtung nach Chicago - New York oder nach Süden: Mexiko - Panama - Santiago de Chile. Die deutsche Regierung bot Auswanderern mit gültigem Visum einen Weg über das besetzte Frankreich nach Spanien und Portugal an, von wo aus sie dann Schiffe in ihr Zielland nehmen könnten (*Jüdisches Nachrichtenblatt*, 10.12.1940).

Daß die Auswanderung auch nach Kriegsbeginn, wenn auch in geringerem Umfang, weiterging, lag erstens an den internationalen Verbindungen der Juden, die in zahlreichen Einzelfällen mit Phantasie und Einfallsreichtum genutzt werden konnten, zweitens an der fördernden Hilfe deutscher Dienststellen und schließlich drittens an einer Einrichtung, die später für eine ganz andere Aufgabe eingesetzt werden sollte, dem "Mossad le Aliyah Bet".



Teil 10 - Der Mossad le Aliyah Bet und die illegale Einwanderung

"Mossad le Aliyah Bet" heißt wörtlich: "Büro für die zweite Einwanderung". Damit war die illegale Einwanderung nach Palästina gemeint. Aus diesem Büro entwickelte sich später der israelische Geheimdienst "Mossad". Dieses Büro war schon 1937 von Juden aus Palästina in Paris gegründet worden. Die Notwendigkeit dafür ergab sich aus der britischen Palästina-Politik. Die Engländer gaben nur eine beschränkte Anzahl von Einwanderungs-Zertifikaten aus, jedenfalls viel weniger, als Juden nach Palästina einwandern wollten.

Die Einwanderer wurden, entsprechend ihrem Vermögen, Beruf und Stand, in bestimmte Kategorien eingeteilt und die Zertifikate wurden auf diese Kategorien, je nach Wünschbarkeit der Einwanderung, verteilt. Wenn man also das Pech hatte, einer Kategorie anzugehören, die die Mandatsmacht als nicht notwendig erachtete, konnte man mit keinem Visum rechnen.

In den Jahren von 1932 bis 1945 waren folgende Einwanderungskategorien in Geltung:

Kategorie A. Personen mit eigenem Vermögen

A1: Kapitalisten mit Eigenkapital von LP (Palästina-Pfund) 1000.

A2: Angehörige freier Berufe mit LP 500, soweit die wirtschaftliche Lage nach Ansicht der Einwanderungsbehörde die Einwanderung rechtfertigt.

A3: Handwerker mit mindestens 250 LP.

A4: Rentenempfänger mit Mindestrente von LP 4 monatlich.[45]

A5: Personen, die einen "seltenen", im Lande wenig vertretenen Beruf ausüben, mit Kapital von mindestens LP 500.

Kategorie B: Personen mit gesichertem Lebensunterhalt

B1: Waisenkinder unter 16 Jahren, deren Lebensunterhalt durch öffentliche Institutionen gesichert ist.

B2: Personen religiöser Berufe.

B3: Studenten und Schüler, deren Lebensunterhalt bis zur Berufsausübung gesichert ist.

Kategorie C: Arbeiterzertifikate

Für Arbeiter zwischen 18 und 35 Jahren. Die Zahl dieser Zertifikate wurde zweimal jährlich von der Palästina-Regierung bestimmt.

Kategorie D war **Ehefrauen, Kindern und Eltern von in Palästina lebenden Juden** vorbehalten, sofern diese nachweisen konnten, daß sie für den Lebensunterhalt ihrer Angehörigen sorgen können.

Dann gab es noch die **Kategorie "Jugendalija"** für Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren.[46]

Man kann verstehen, daß jüdische Führer vom Zorn übermannt wurden bei einer solchen Katalogisierung jüdischer Bürger nach Nützlichkeitsstandpunkten. Zumal das Mandat über Palästina vom 24. Juli 1922 von England forderte, die jüdische Einwanderung - unter Wahrung der Rechte anderer Volksgruppen im Land - weitgehend zu erleichtern und zu unterstützen. Sie suchten daher von Anfang an nach Wegen, diese Bestimmungen zu umgehen, und Judentransporte nach Palästina auf - nach britischem Verständnis - illegalen Wegen zu organisieren.

Am 17. Mai 1939 veröffentlichten die Briten ein neues Weißbuch, mit dem die Einwanderungsbestimmungen wieder einmal verschärft wurden.

Die Mitarbeiter des Mossad richteten also ab 1937 in allen Ländern Europas ihre Büros ein und nahmen auch sofort Kontakt mit Berliner Dienststellen auf, vor allem mit der SS und der Gestapo. Von da ab begann eine lebhafte Zusammenarbeit zwischen Gestapo und Mossad.

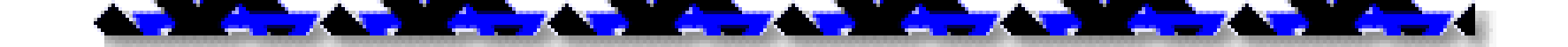
Entsprechend ihrer Grundeinstellung zur jüdischen Auswanderung waren SS und Gestapo den Mossad-Agenten vielfältig behilflich. Im Dezember 1938 hatte Himmler angeordnet, daß jüdische Häftlinge aus den Konzentrationslagern entlassen werden sollten, wenn sie ihre Auswanderung vorbereiten wollen.[47] Darüber hinaus wurde Mossad-Agenten erlaubt, in die Lager zu gehen und dort Juden anzuwerben, die bereit waren, auf illegalen Auswandererschiffen nach Palästina zu gehen. Ihrer Entlassung stand dann nichts im Wege. Kimche schreibt:

"Weil er (Pino, der Beauftragte des Mossad) *der Gestapo eine Garantie dafür gab, daß er für ihre sofortige Auswanderung sorgen würde, war Pino in der Lage, eine große Anzahl junger Juden aus den Konzentrationslagern zu erlösen. Eine von ihm unterschriebene Bescheinigung reichte aus, ihre Freigabe zu erwirken."*[48]

Da die Palästinaroute inoffiziell war, benötigten die Auswanderer Visa von anderen Ländern, z.B. bei Kontrollen in Häfen, die unterwegs angelaufen werden mußten. Die Gestapo setzte sich dafür ebenso ein, wie für die Charterung geeigneter Schiffe, deren Kosten sie teilweise sogar übernahm. Im Jahr 1939 fuhren zahlreiche Schiffe von Europa nach Palästina und brachten Tausende von Einwanderern illegal ins Land.[49]

Auch mit Kriegsausbruch hörte die Zusammenarbeit zwischen Mossad und Gestapo nicht auf, sondern wurde eher noch forciert. Aber die Auswanderungspapiere wurden oft auf andere Länder ausgestellt und den Auswanderern wurde eingeschärft, daß sie über das wirkliche Ziel nichts erzählen dürften. Ohne die Mithilfe von SS und Gestapo und ohne stillschweigende Duldung deutscher Behörden wäre die Arbeit des Mossad nicht möglich gewesen.

Noch vor Kriegsbeginn, im Sommer 1939, hatte man geplant, auf einen Schlag zehntausend Juden von deutschen Häfen aus nach Palästina zu verschiffen. Aber noch ehe die Schiffe auslaufen konnten, brach der Krieg aus und die Engländer sperrten den Kanal.



Teil 11 - Vorschläge der "Irgun"

Dieser Plan wurde zwei Jahre später, im Sommer 1941, noch einmal von Abraham Stern, damals einer der Führer der "Irgun", der jüdischen antibritischen Widerstands- und Freiheitsorganisation,[50] aufgegriffen. Er sagte den Deutschen Hilfe im Kampf gegen England zu und schlug als Gegenleistung vor, die Ausschiffung der zehntausend Juden aus Deutschland jetzt, mitten im Krieg, durchzuführen.[51] Er war der Meinung, die deutschen Schiffe seien in der Lage, die englische Blockade zu durchbrechen und die Juden nach Palästina zu bringen. Und wenn sie erst einmal dort seien, könnten die Engländer sie nicht mehr zurückbringen.

Ob dieser Vorschlag jemals an die richtige Adresse gelangte, ist fraglich, da die von Stern ausgesandten Unterhändler später in Syrien gefangengenommen wurden. Jedenfalls mußte Berlin es für aussichtslos halten, die Seeblockade brechen zu wollen. Ein Konvoi von Schiffen mit Zivilisten, vor allem auch Frauen und Kindern, hätte kaum Chancen gehabt, unverletzt Palästina zu erreichen. Dafür hätte die deutsche Regierung nicht die Verantwortung übernehmen können.

Dies war bereits der zweite Kontaktversuch, den Stern unternahm. Ein halbes Jahr vorher, im Januar

1941, hatte die "Irgun" schon einmal versucht, mit der deutschen Regierung Kontakt aufzunehmen.[52]

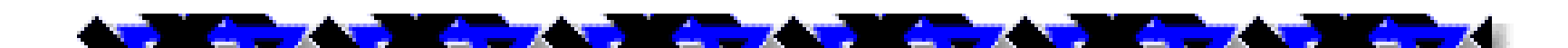
In einem Schreiben unterbreitete sie ihr den Vorschlag, auf deutscher Seite gegen England zu kämpfen, und zwar sowohl in Palästina, durch Sabotage und Agententätigkeit, als auch im Ausland. Als Gegenleistung verlangte sie die "Anerkennung der (...) nationalen Aspirationen der Israelitischen Freiheitsbewegung seitens der Deutschen Reichsregierung" und die Aufstellung einer jüdischen Brigade ("militärische Ausbildung und Organisation der jüdischen Manneskraft Europas, unter Leitung und Führung der N.M.O., in militärischen Einheiten und deren Teilnahme an Kampfhandlungen zum Zwecke der Eroberung Palästinas, falls eine entsprechende Front sich bilden sollte"). (Kompletter Text dieses historischen Dokuments im Anhang.)

Dieser Brief wurde offensichtlich zur gleichen Zeit abgesandt, als zwei von Stern ausgesandte Agenten sich bei Werner Otto von Hentig in Beirut einfanden. Hentig war Gesandtschaftsrat im Auswärtigen Amt und befand sich Anfang 1941 auf einer Dienstreise in dem damaligen französischen Mandatsgebiet. Das Gespräch muß einen ähnlichen Inhalt wie der Brief gehabt haben, denn Hentig schreibt darüber:

"In Beirut nahm ich (...) (im) 'Hotel Monopol' Quartier. (...) Die merkwürdigste Delegation kam aus Palästina selbst. Der Führer, ein vorzüglich aussehender jüngerer Offizierstyp, erbot sich, mit den Nationalsozialisten gegen die eigenen Leute, vor allem die orthodoxen Zionisten, zusammenzuarbeiten, wenn ihnen Hitler die Eigenstaatlichkeit eines jüdischen Palästina gewährleiste."[53]

"Der jüdischen Delegation aber hatte ich auf ihr Bündnisangebot nur sagen können, daß die von ihr gestellte Bedingung ganz bestimmt niemals, mit Rücksicht auf unsere arabischen Freunde und unsere allgemeinen Grundsätze, angenommen werden könne."[54]

Der Brief der "Irgun", der in deutscher Sprache abgefaßt war, ist sicher nach Berlin gelangt,[55] aber ob eine deutsche Reaktion darauf erfolgt ist, läßt sich aus den Akten nicht ersehen.



Teil 12 - Schluß

Die illegale Einwanderung nach Palästina ging auch noch nach Kriegsende bis zur Staatsgründung Israels weiter, da die Briten die Grenzen Palästinas für Juden weiterhin gesperrt hielten. Insgesamt konnten im Verlauf von zehn Jahren, also von 1938 bis 1948, weit über hunderttausend Juden illegal nach Palästina einwandern.[56]

Die Gesamtzahl aller Juden, die Deutschland (und Österreich) nach 1933 verließen, ist statistisch nicht festzustellen, da weder bei den Auswanderungsstellen noch bei den Einwanderungsbehörden Zählungen erfolgten. Schätzungen belaufen sich auf Zahlen zwischen 200.000 und 507.000, eine Diskrepanz, die die Fragwürdigkeit dieser Zahlen aufweist.[57]

Tatsächlich beruhen alle diese Zahlen - mit einer Ausnahme - auf bloßen Vermutungen und beziehen sich zudem auf unterschiedliche Gruppen und Zeiten. Zuverlässige, alle Auswanderungen umfassende Statistiken gibt es nicht. Unter Auswanderung aus Deutschland verstehen manche Autoren Deutschland in den Grenzen des Altreichs, also bis März 1938. Andere rechnen Österreich hinzu. Einige wollen nur die Jahre 1933 bis 1939 zugrundelegen, obwohl feststeht, daß nach Kriegsbeginn die Auswanderung weiterging und die illegale Auswanderung nach Palästina erst

1938 richtig einsetzte.

Es gibt nur eine Zahl, die auf einer offiziellen deutschen Angabe beruht. Aber gerade diese Zahl wird von allen Autoren abgelehnt, weil sie zu hoch erscheint. Kurioserweise ist diese Zahl in einem Dokument enthalten, das ansonsten höchstes Ansehen genießt, weil man mit ihm den deutschen Plan einer "Judenvernichtung" beweisen will: dem "Wannseeprotokoll". Alle Angaben dieses Dokuments werden als glaubwürdig und beweiskräftig eingestuft, nur nicht die genannten Auswanderungszahlen.

Es heißt dazu auf S. 4 des Protokolls, daß *"seit der Machtübernahme bis zum Stichtag 31.10.1941 insgesamt rund 537.000 Juden zur Auswanderung gebracht"* wurden. *"Davon*

> *vom 30.1.1933 aus dem Altreich rd. 360.000*
> *vom 15.3.1938 aus der Ostmark rd. 147.000*
> *vom 15.3.1939 aus dem Protektorat Böhmen und Mähren rd. 30.000"*.

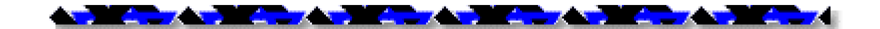
Wir wollen hier nicht die Frage der Echtheit oder Unechtheit des Protokolls aufwerfen und auch nicht die der Bedeutung des Treffens in der Wannsee-Villa, die neuerdings divergent beurteilt wird. Es geht hier nur darum, wieder einmal auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß von der Zeitgeschichtsschreibung willkürlich bestimmte Inhalte eines Dokuments als echt und richtig akzeptiert werden, während andere für unglaubwürdig gelten.

Für unser Thema bleibt es also bei der zuerst gemachten Feststellung, daß genaue Zahlen für die Auswanderung nicht vorliegen.

Von den Auswanderern gingen ca. 1/4 bis 1/3 nach Palästina, 1/3 in europäische Länder und der Rest nach Übersee, vor allem Nord- und Südamerika.

Die Haavara wird, wie schon zu Anfang gesagt, gelegentlich in der Fachliteratur erwähnt, in den öffentlichen Medien jedoch kaum. Das Rublee-Wohlthat-Abkommen ist so gut wie unbekannt. Die Mehrzahl der Deutschen wird mit Sicherheit über den Holocaust ausreichend unterrichtet sein, von einem Auswanderungsplan, durch den die überwiegende Mehrzahl der deutschen Juden das Land unbehelligt verlassen konnten, jedoch kaum etwas gehört haben. Das ist offensichtlich eine der *"volkspädagogisch unerwünschten Wahrheiten"*, wie der Schweizer Professor Walther Hofer es einmal formulierte.

Die Aufgabe von Historikern wird es jedoch immer bleiben, auch gegen die Zeitströmung, Wahrheiten ans Licht zu verhelfen, deren Kenntnis die Vergangenheit in einem klareren Licht zu sehen erlaubt.



Teil 13 - Anhang:

Grundzüge des Vorschlages der Nationalen Militärischen Organisation in Palästina (Irgun Zewai Leumi) betreffend der Lösung der jüdischen Frage Europas und der aktiven Teilnahme der N.M.O. am Kriege an der Seite Deutschlands

Es ist des öfteren von den leitenden Staatsmännern des nationalsozialistischen Deutschlands in ihren Äusserungen und Reden hervorgehoben worden, daß eine Neuordnung Europas eine radikale Lösung der Judenfrage durch Evakuierung voraussetzt ("judenreines Europa").

Die Evakuierung der jüdischen Massen aus Europa ist eine Vorbedingung zur Lösung der jüdischen Frage, die aber nur einzig möglich und endgültig durch die Übersiedlung dieser Massen in die Heimat des jüdischen Volkes, nach Palästina, und durch die Einrichtung eines Judenstaates in seinen historischen Grenzen sein kann.

Das jüdische Problem auf diese Weise zu lösen und damit das jüdische Volk endgültig und für immer zu befreien, ist das Ziel der politischen Tätigkeit und des jahrelangen Kampfes der Israelitischen Freiheitsbewegung, der nationalen Militärischen Organisation in Palästina (Irgun Zewai Leumi).

Die N.M.O., der die wohlwollende Einstellung der deutschen Reichsregierung und ihrer Behörden zu der zionistischen Tätigkeit innerhalb Deutschlands und zu den zionistischen Emigrationsplänen gut bekannt ist, ist der Ansicht, daß

1. eine Interessengemeinschaft zwischen den Belangen einer Neuordnung Europas nach deutscher Konzeption und den wahren nationalen Aspirationen des jüdischen Volkes, die von der N.M.O. verkörpert werden, bestehen könne;

2. eine Kooperation zwischen dem Neuen Deutschland und einem erneuerten, völkisch-nationalen Hebräertum möglich wäre und

3. die Errichtung des historischen Judenstaates auf nationaler und totalitärer Grundlage, der in einem Vertragsverhältnis mit dem Deutschen Reiche stünde, im Interesse der Wahrung und Stärkung der zukünftigen deutschen Machtposition im Nahen Orient sei.

Ausgehend aus diesen Erwägungen tritt die N.M.O. in Palästina, unter der Bedingung einer Anerkennung der oben erwähnten nationalen Aspirationen der Israelitischen Freiheitsbewegung seitens der Deutschen Reichsregierung, an dieselbe mit dem Angebote einer aktiven Teilnahme am Kriege an der Seite Deutschlands heran.

Dieses Angebot seitens der N.M.O., deren Tätigkeit auf das militärische, politische und informative Gebiet in, und nach bestimmten organisatorischen Vorbereitungen auch außerhalb Palästinas, sich erstrecken könnte, wäre gebunden an die militärische Ausbildung und Organisierung der jüdischen Manneskraft Europas, unter Leitung und Führung der N.M.O., in militärischen Einheiten und deren Teilnahme an Kampfhandlungen zum Zwecke der Eroberung Palästinas, falls eine entsprechende Front sich bilden sollte.

Die indirekte Teilnahme der Israelitischen Freiheitsbewegung an der Neuordnung Europas, schon in ihrem vorbereitenden Stadium, im Zusammenhange mit einer positiv-radikalen Lösung des europäischen Judenproblems im Sinne der erwähnten nationalen Aspirationen des jüdischen Volkes, würde in den Augen der gesamten Menschheit die moralischen Grundlagen dieser Neuordnung ungemein stärken.[58]

Die Kooperation der Israelitischen Freiheitsbewegung würde auch in der Linie einer der letzten Reden des deutschen Reichskanzlers liegen, in der Herr Hitler betonte, daß er jede Kombination und Koalition benutzen werde, um England zu isolieren und zu schlagen.[59]

Kurzer Überblick über die Entstehung, das Wesen und die Tätigkeit der N.M.O. in Palästina.

Die N.M.O. ist zum Teil aus dem jüdischen Selbstschutze in Palästina und der Revisionistischen Bewegung (Neue Zionistische Organisation) hervorgegangen, mit der die N.M.O. durch die Person

des Herrn V. Jabotinsky bis zu seinem Tode in einer losen Personalunion sich befand.

Die pro-englische Haltung der Revisionistischen Organisation in Palästina, die eine Erneuerung der Personalunion unmöglich machte, führte im Herbst dieses Jahres zu einer darauf folgenden Spaltung der Rev(isionistischen) Bewegung.

Das Ziel der N.M.O. ist die Errichtung des Judenstaates in seinen historischen Grenzen.

Im Gegensatz zu sämtlichen zionistischen Strömungen lehnt die N.M.O. die kolonisatorische Infiltration als das einzige Mittel zur Erschließung und allmählichen Besitzergreifung des Vaterlandes ab und erhebt zu ihrer Devise den Kampf und das Opfer als die einzig wahren Mittel zur Eroberung und Befreiung Palästinas.

Durch ihren militanten Charakter und ihre anti-englische Einstellung ist die N.M.O. gezwungen, unter ständigen Verfolgungen seitens der englischen Verwaltung ihre politische Tätigkeit und die militärische Ausbildung ihrer Mitglieder in Palästina im Geheimen auszuüben.

Die N.M.O., deren Terroraktionen schon im Herbst des Jahres 1936 begannen, ist besonders im Sommer 1939, nach der Veröffentlichung des engl(ischen) Weißbuches, durch die erfolgreiche Intensivierung ihrer terroristischen Tätigkeit und Sabotage an englischem Besitz hervorgetreten. Diese Tätigkeit, sowie die täglichen geheimen Radiosendungen, sind ihrerzeit fast von der gesamten Weltpresse registriert und besprochen worden.

Bis zum Kriegsbeginn unterhielt die N.M.O. selbständige politische Büros in Warschau, Paris, London, Genf und New York.

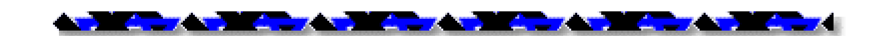
Das Büro in Warschau war hauptsächlich mit der militärischen Organisierung und Ausbildung der nationalen zionistischen Jugend betraut und stand in engem Kontakt mit den jüdischen Massen, die besonders in Polen den Kampf der N.M.O. in Palästina mit Begeisterung verfolgten und ihn auf jegliche Art unterstützten. In Warschau erschienen zwei Zeitungen (*Die Tat* und *Jerozalima wseljona*), die der N.M.O. gehörten.

Das Warschauer Büro unterhielt enge Beziehungen zu der ehemaligen polnischen Regierung und den militärischen Kreisen, die den Bestrebungen der N.M.O. größtes Interesse und Verständnis entgegenbrachten. So wurden während des Jahres 1939 geschlossene Gruppen der Mitglieder der N.M.O. aus Palästina nach Polen entsandt, wo sie in den Kasernen durch polnische Offiziere in ihrer militärischen Ausbildung vervollkommt wurden.

Die Verhandlungen, die zwischen der N.M.O. und der polnischen Regierung in Warschau, zwecks Aktivisierung und Konkretisierung ihrer Hilfe, geführt wurden und die aus den Archiven der ehemaligen poln(ischen) Regierung leicht zu ersehen sein werden, fanden durch den Kriegsbeginn ihr Ende.

Die N.M.O. ist ihrer Weltanschauung und Struktur nach mit den totalitären Bewegungen Europas eng verwandt.

Die Kampffähigkeit der N.M.O. konnte zu keiner Zeit, weder durch die rücksichtslosen Abwehrmaßnahmen seitens der englischen Verwaltung und der Araber, noch die der jüdischen Sozialisten, paralysiert oder ernstlich geschwächt werden.



Teil 14 - Anhang: [60]
Text des Rublee-Wohlthat-Abkommens

Zwischenstaatliches Komitee

1 Central Building, Westminster
London SW1, Februar 1939

Direktor: Mr. George Rublee

Sehr geehrter Herr Wohlthat!

Ich habe die Ehre gehabt, mit Dr. Schacht und Ihnen Unterredungen zu haben. Um sicher zu sein, daß ich über die Unterredungen zutreffend Bericht erstatte, wäre ich außerordentlich dankbar, wenn Sie die Freundlichkeit haben wollten, mir zu bestätigen, ob das nachstehende streng vertrauliche Memorandum richtig ist:

Streng vertrauliches Memorandum
die Auswanderung der Juden aus Deutschland

Es ist festgestellt worden, daß Deutschland bereit ist, eine Politik einzuschlagen, die die organisierte Auswanderung von Juden in jeder Weise erleichtert und fördert. Ein Programm, das nachstehend in seinen Grundzügen geschildert ist, soll durchgeführt werden, wenn Deutschland die Gewähr hat, daß Einwanderungsländer bereit sind, laufend Juden aus Deutschland gemäß diesem Programm aufzunehmen. Wenn das Programm durchgeführt wird - und seine Verwirklichung wird durch eine Besserung der internationalen Atmosphäre erheblich erleichtert werden -, so wird die Auswanderung sich in einheitlicher, geregelter Weise vollziehen.

I. Organisation der Auswanderung

ERSTENS. Dieses Programm bezieht sich ausschließlich auf Juden deutscher Staatsangehörigkeit und staatenlose Juden in Deutschland. Der Ausdruck "Jude" in diesem Memorandum ist im Sinne der Nürnberger Gesetze gebraucht und bedeutet folgendes:

1. Jude ist, wer drei oder vier jüdische Großeltern hat. Ein Großelternteil gilt als jüdisch, wenn er oder sie sich zum jüdischen Glauben bekannte;

2. Als Jude gilt ferner, wer zwei jüdische Großelternteile hat und am 16. September 1935 jüdischen Glaubens war oder später den jüdischen Glauben angenommen hat und wer zwei jüdische Großelternteile hat und am 16. September 1935 mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem Juden verheiratet hat.

ZWEITENS. Es sind zur Zeit noch ungefähr 600.000 Juden in Deutschland, einschließlich Österreichs und des Sudetenlandes. Von dieser Anzahl werden 150.000 der Klasse der Lohnempfänger zugezählt; etwa 250.000 gelten als Unterhaltsberechtigte dieser Lohnempfänger; der Rest besteht vor allem aus Alten und Gebrechlichen, die deshalb in das Auswanderungsprogramm nicht mit inbegriffen sind.

DRITTENS. Die Gruppe der Lohnempfänger soll aus allen Männern und unverehelichten Frauen

zwischen 15 und 45 Jahren bestehen, die persönlich fähig sind, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und sich auch sonst zur Auswanderung eignen.

VIERTENS. Die Gruppe der Unterhaltsberechtigten soll aus den unmittelbaren Familienangehörigen der Lohnempfänger bestehen unter Ausschluß der Alten (der Personen über 45 Jahre) und der Ungeeigneten.

FÜNFTENS. Die Gruppe der Lohnempfänger soll zuerst auswandern, und zwar in jährlichen Kontingenten während eines Zeitraums von drei Jahren bis zu höchstens fünf Jahren.

SECHSTENS. Sämtliche Personen der Gruppe der Lohnempfänger im Sinne der obigen Begriffsbestimmung sollen von den Regierungen der Aufnahmeländer gemäß ihren geltenden Einwanderungsgesetzen und -bräuchen aufgenommen werden.

SIEBENTENS. Die praktische Organisationsarbeit für die Auswanderung soll unter Beteiligung von Büros durchgeführt werden, die die jüdischen Organisationen Deutschlands vertreten, und unter der Leitung eines von der Deutschen Regierung bestellten Kommissars.

ACHTENS. Den Büros, die die Auswanderungsarbeit organisieren, können ausländische Sachverständige zur Seite stehen, die ausländische Privatorganisationen vertreten, welche mit der Einwanderung zu tun haben und das Vertrauen der Regierungen der Aufnahmeländer genießen, unter der Bedingung, daß diese Sachverständigen der Deutschen Regierung genehm sind.

NEUNTENS. An die Personen, die auf Grund dieser Vereinbarung aus Deutschland auswandern, sollen Pässe ausgegeben werden. Staatenlose Personen in Deutschland sollen geeignete Papiere für die Auswanderung erhalten.

ZEHNTENS. Umstände, die dazu geführt haben, daß andere Juden als solche, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit in Haft sind, in Lagern festgehalten werden, sollten automatisch verschwinden, wenn ein Programm für organisierte Auswanderung durchgeführt wird.

ELFTENS. Es sollen Vergünstigungen gewährt werden für die Umschulung von Lohnempfängern zum Zweck der Auswanderung, vor allem in landwirtschaftlichen Umschulungslagern, aber auch in Handwerksschulen. Die Umschulung soll gefördert werden.

ZWÖLFTENS. Die Auswanderung von Personen aus der Gruppe der Unterhaltsberechtigten soll stattfinden, wenn die Lohnempfänger festen Fuß gefaßt haben und sie aufnehmen können.

II. Stellung der Personen, die ständig in Deutschland bleiben, und solcher, deren Auswanderung noch bevorsteht

DREIZEHNTENS. Es ist noch kein endgültiges Verfahren gefunden worden, um für die Alten und die zur Auswanderung Ungeeigneten zu sorgen, die in dieses Programm nicht mit einbegriffen sind und den Rest ihres Lebens in Deutschland verbringen dürfen. Auf deutscher Seite besteht die Absicht, dafür zu sorgen, daß diese Personen und solche, deren Auswanderung noch aussteht, in Ruhe leben können, sofern nicht außergewöhnliche Umstände eintreten. Es besteht nicht die Absicht, die Juden abzusondern. Sie dürfen sich frei bewegen. Personen, die zur Arbeit geeignet sind, sollen Arbeitsgelegenheit erhalten, so daß sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen können; Juden, die in denselben Betrieben arbeiten wie Arier, sollen jedoch von arischen Arbeitern getrennt

werden. Allgemein wird im Interesse einer angemessenen Durchführung des Programms erwogen, die Leitung der jüdischen Angelegenheiten zu zentralisieren.

VIERZEHNTENS. Der Unterhalt und die Versorgung der vorstehend in Ziff. 13 erwähnten Personen, die nicht fähig sind, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, soll in erster Linie aus dem jüdischen Vermögen in Deutschland bestritten werden, abgesehen von dem Teil des Vermögens, der (wie nachstehend ausgeführt) als Treuhandfonds zurückzustellen ist, und aus dem Ertrag dieses Fonds. Falls diese Mittel nicht ausreichen, soll auf den üblichen Wegen der allgemeinen Wohlfahrtspflege für Bedürftige dafür gesorgt werden, daß diese Personen anständige Lebensbedingungen haben. Außerdeutsche Mittel sollen für den Unterhalt und die Versorgung dieser Personen nicht in Anspruch genommen werden.

III. Finanzierung der Auswanderung

FÜNFZEHNTENS. Zur Finanzierung der in dem Programm in Aussicht genommenen Auswanderung soll ein Treuhandfonds in noch festzusetzender Höhe errichtet werden, der jedoch auf jeden Fall mindestens 25 v.H. des in Deutschland vorhandenen jüdischen Vermögens betragen muß, was, wenn Transfermöglichkeiten gefunden werden, eine wesentliche Erhöhung gegenüber den gegenwärtigen Transfersätzen bedeuten wird. Zur Zeit ist das noch in Deutschland befindliche jüdische Vermögen in Händen der einzelnen Eigentümer; es ist noch nicht beschlossen worden, in welcher Weise der erforderliche Betrag davon als Treuhandfonds zurückgestellt werden soll.

SECHZEHNTENS. Das Treuhandvermögen soll einer Körperschaft übergeben werden, die von drei Treuhändern verwaltet wird. Zwei von den Treuhändern sollen deutscher Staatsangehörigkeit sein. Der dritte Treuhänder soll ausländischer Staatsangehörigkeit und von anerkanntem Ruf sein.

SIEBZEHNTENS. Das Kapital des Treuhandfonds kann zum Ankauf der Ausrüstung für Auswanderer aus der Gruppe der Lohnempfänger und (vorbehaltlich von Kartellvereinbarungen) von Kapitalgütern zur Förderung von Siedlungsprojekten sowie zur Begleichung von Reise- und Frachtkosten der Auswanderer in Deutschland und auf deutschen Schiffen benutzt werden, alles das im Zusammenhang mit dem vorliegenden Auswanderungsprogramm. Es wird erwogen, eine ausländische Ankaufstelle zu gründen, die sämtliche Ankäufe aus dem Fond tätigen, die Verbindung mit den deutschen Behörden aufrechterhalten und überhaupt alle Fragen bearbeiten soll, die außerhalb Deutschlands in bezug auf die Transferierung des Fonds entstehen. Die Warentypen, die die Ankaufstelle erwerben darf, können auf solche beschränkt werden, von denen im Sinne der deutschen Praxis die Annahme gilt, daß sie keine eingeführten Rohstoffe oder nur einen verhältnismäßig kleinen Prozentsatz davon enthalten; oder aber es sollen keine Beschränkungen ausgesprochen werden, wenn es nämlich so geregelt werden kann, daß der Teil des Gesamtpreises der angekauften Waren, der dem Wert ihres Gehalts an eingeführten Rohstoffen entspricht, in Devisen an Deutschland bezahlt wird. Dieser Wert soll mit einem noch zu vereinbarenden, alles einschließenden Prozentsatz berechnet werden. Es sollen Vereinbarungen dahin getroffen werden, daß die mit den Mitteln des Fonds angekauften Waren von der Geltung der Clearing-, Kompensations- und Zahlungsabkommen ausgenommen werden, die zwischen Deutschland und den Ländern, in die die Waren eingeführt werden, bestehen. Die Ankaufstelle wird zusichern müssen, daß die angekauften Waren nicht anders benutzt werden als zum Zweck der Ausrüstung von Auswanderern oder zur Förderung von Siedlungsprojekten. Es ist beabsichtigt, den Ankauf solcher Waren aus den Mitteln des Fonds zu fördern, und zwar in den erforderlichen Typen und in angemessener Menge, so daß der laufende Auswanderungsbedarf gedeckt wird. Die zu zahlenden Preise sollen nicht höher sein als die Inlandspreise für Waren oder Dienstleistungen entsprechender Qualität.

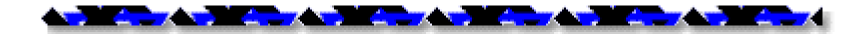
ACHTZEHNTENS. Das Haavara-Transferverfahren soll innerhalb seines traditionellen Bereichs zugelassen werden. Die Haavara-Ankäufe sollen aus den Mitteln des Treuhandfonds bezahlt werden.

NEUNZEHNTENS. Das Kapital des Treuhandfonds soll, soweit es nicht zu den oben erwähnten Zwecken gebraucht wird, transferfähig sein, sobald veränderte Umstände eine Transferierung ermöglichen oder eine dahingehende Regelung getroffen werden kann, sei es durch Vereinbarungen über zusätzliche Ausfuhr oder auf anderem Wege.

ZWANZIGSTENS. Waren, die mit den Mitteln des Treuhandfonds angekauft worden sind, können frei von allen Abgaben und sonstigen Zahlungen ausgeführt werden, und die Auswanderer können ihre persönlichen Sachen (mit Ausnahme von Juwelen, edlen Metallen, Kunstgegenständen und mit Ausnahme von besonders wertvollen Waren, die im Hinblick auf die Auswanderung kürzlich erworben worden sind), Hausrat, Werkzeuge und Ausrüstungsgegenstände zum Gebrauch in ihrem Gewerbe oder Beruf, die ihnen gehören oder die sie sich in angemessenem Umfange zum persönlichen Gebrauch anschaffen, frei von allen Steuern, Abgaben, Auflagen und sonstigen Forderungen mitnehmen.

EINUNDZWANZIGSTENS. Von Juden, die gemäß diesem Programm auswandern, soll keinerlei Fluchtsteuer oder sonstige Abgabe ähnlicher Art erhoben werden.

Ihr sehr ergebener
[gez.] George Rublee



[German translation - click here]

Teil 15 - Appendix - English Original:[61]
Text of the Rublee-Wohlthat-Agreement

Intergovernmental Committee

1 Central Building, Westminster
London SW1, February 1939

The Director, Mr. George Rublee

Dear Mr. Wohlthat:

I have had the honor of holding conversations with you and Dr. Schacht. In order that I may not fail to make a correct report of the conversations, I should be greatly obliged if you would have the goodness to confirm whether the following strictly confidential memorandum is correct:

Strictly Confidential Memorandum:
the Emigration of Jews from Germany

It has been ascertained that Germany is disposed to adopt a policy which will in every way facilitate and encourage the organized emigration of Jews. A program along the lines hereinafter outlined will be put into effect when Germany is satisfied that countries of immigration are disposed to receive

currently Jews from Germany in conformity with this program. If the program is put into effect - and its implementation will be greatly facilitated by an improvement in the international atmosphere - the emigration will take place in a uniform and orderly manner.

I. Organization of the Emigration

ONE. This program relates exclusively to Jews of German nationality or stateless Jews in Germany. The term "Jew" where used in this memorandum is as provided by the Nuremberg laws and denotes the following:

1. A Jew is a person who has three or four Jewish grandparents. A grandparent is deemed to be a Jew if he or she embraced the Jewish faith;

2. A person is also deemed to be a Jew who has two Jewish grandparents and who on Sept. 16, 1935 was of the Jewish faith, or thereafter embraced the Jewish faith, or who has two Jewish grandparents and on Sept. 16, 1935 was married to a Jew or thereafter married a Jew.

TWO. There are approximately 600,000 Jew was remaining in Germany, including Austria and the Sudetenland, at the present time. Of this number 150,000 are classed as wage earners; about 250,000 are regarded as dependents of the wage earners; the remainder are primarily the old and the infirm who for that reason are not included in the program.

THREE. The wage earner category shall consist of all men and single women between the ages of 15 and 45 years, who are individually capable of earning a living and are otherwise fit for emigration.

FOUR. The dependent category shall consist of the immediate families of the wage earners, excluding the old (persons over 45 years of age) and the unfit.

FIVE. The wage earner category shall emigrate first, in annual contingents, over a period of three years not to exceed a maximum of five years.

SIX. All persons from the wage earner category as defined above shall be admitted by the receiving governments in accordance with their established immigration laws and practices.

SEVEN. The practical work of organizing emigration shall be carried out with the participation of Bureaus representing the Jewish organizations of Germany under the control of a Commissioner designated by the German government.

EIGHT. The Bureaus organizing the work of emigration may be assisted by foreign experts representing outside private organizations concerned with emigration and enjoying the confidence of receiving governments, on the condition that these experts are agreeable to the German government.

NINE. Passports shall be furnished to persons emigrating from Germany under this arrangement. Stateless persons in Germany shall be furnished suitable papers for emigration.

TEN. Conditions which have led to the retention of Jews, other than persons detained for reasons of public safety, in camps should automatically disappear if a program of organized emigration is

put into effect.

ELEVEN. Facilities shall be granted for the retraining of wage earners for emigration, notably in agricultural retraining centers but also in artisan schools. Retraining shall be encouraged.

TWELVE. Emigration of persons in the dependent category shall take place when the wage earners are established and able to receive them.

II. Position of Persons Remaining Permanently in Germany and of Those Awaiting Emigration

THIRTEEN. A definite method has not as yet been found for caring for old persons and persons unfit for emigration, who are not included in this program and who will be allowed to finish their days in Germany. It is the intention on Germany's part to assure that these persons and persons awaiting emigration may live tranquilly, unless some extraordinary circumstance should occur. There is no intention to segregate the Jews. They may circulate freely. Persons fit to work shall be given the opportunity of employment so as to earn their living; Jews employed in the same establishments as Aryans will, however, be separated from Aryan workers. Generally, in order to provide for adequate administration of the program, centralization of control over Jewish affairs is contemplated.

FOURTEEN. The support and maintenance of the persons referred to in paragraph thirteen above, who are not able to earn their own living, will be financed in the first instance from Jewish property in Germany apart from that portion thereof to be set aside in the trust fund (hereinafter described), and from the income from this trust fund. If the above resources do not suffice, there will be provided for these persons decent conditions of existence from the material standpoint in accordance with prevailing practices relating to the public relief of destitute persons generally. There will be no recourse to sources outside Germany for the support and maintenance of these persons.

III. Financing the Emigration

FIFTEEN. In order to finance the emigration contemplated by the program, a trust fund shall be established in a specific amount to be ascertained, at all events in an amount not less than 25% of the existing Jewish wealth in Germany, which, if transfer possibilities are found, will represent a material increase over the present rates of transfer. At the present time the remaining Jewish wealth in Germany is in the hands of its individual owners; it has not yet been decided how the requisite amount shall be set aside in the trust fund.

SIXTEEN. The trust properties shall be held by a corporation administered by three trustees. Two of the trustees shall be of German nationality. The third trustee shall be of foreign nationality and recognized standing.

SEVENTEEN. The principal of the trust fund may be used to purchase equipment for emigrants of the wage earner category and (subject to cartel agreements) capital goods for the development of settlement projects and for traveling and freight expenses of the emigrants in Germany and on German boats, all in connection with this program of emigration. It is contemplated that an outside purchasing agency will be established to effect all purchases out of the fund, to maintain contact with the German authorities and generally to handle all problems arising outside of Germany in

connection with the transfer of the fund. The types of goods which may be purchased by the purchasing agency may be restricted to those which, in accordance with prevailing practice in Germany, are computed to contain no imported raw material or a relatively small percentage thereof; or, alternatively, no restrictions will be imposed if arrangements can be made to pay to Germany in foreign exchange a portion of the aggregate price of goods purchased which represents the computed value (on an overall percentage basis to be agreed upon) of the imported raw material content of such goods. Agreements shall be made to secure the exemption of goods purchased out of the fund from the scope of clearing, compensation and payments agreements in force between Germany and the respective countries into which such goods are imported. Assurances shall be required of the purchasing agency that the goods purchased will not be disposed of otherwise than for the purpose of equipping emigrants or for the development of settlement projects. It is the intention to facilitate the purchase out of the fund of such goods of the requisite types and in adequate volume to meet the current emigration needs. The prices to be paid shall not be in excess of inland prices for goods or services of a similar character and quality.

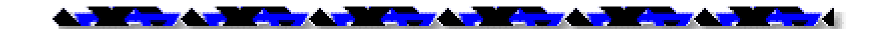
EIGHTEEN. The Haavara method of transfer shall be permitted to operate within its traditional sphere. The Haavara purchases are to be paid for out of the trust funds.

NINETEEN. The principal of the trust fund, except to the extent that it is used for the purposes above referred to, shall be eligible for transfer whenever a change in condition may render transfer possible or whenever arrangements to that end can be made, whether by way of agreed schemes for additional exports or otherwise.

TWENTY. Goods purchased out of the trust fund may be exported free of all taxes or other payments, and emigrants may take with them, free of all taxes, levies, contributions or similar exactions, their personal effects (with the exception of jewelry, precious metals, objets d'art and with the exception of goods of special value recently acquired with a view to emigration), household goods, tools, and items of equipment for use in their trades or professions, owned or which may be acquired by them in a reasonable amount for their personal use.

TWENTY-ONE. No flight tax or exaction of a similar nature shall be levied against Jews emigrating in accordance with this program.

Yours very sincerely,
[sgd.] George Rublee



Anmerkungen

1 Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, vor allem Kapitel IV und V. ...zurück...

2 Klaus J. Herrmann, *Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933-1934*, Schriftenreihe der Hochschule für politische Wissenschaften München, N.F.H. 4, Köln 1969, S. 74. ...zurück...

3 Herrmann (Anm. 2), S. 30. ...zurück...

4 Herrmann (Anm. 2), S. 41. ...zurück...

5 Das ist ein Irrtum. Der Präsident des ersten deutschen Parlaments in der Frankfurter Paulskirche war Heinrich Freiherr von Gagern. Er gehörte einem alten Adelsgeschlecht aus Rügen an, das bis in das 13. Jahrhundert zurückgeht. Möglicherweise ist der Artikelschreiber einer Verwechslung erlegen und meinte Martin Eduard von Simson, einen getauften Juden, der 1871 der erste Präsident des Reichstages wurde. ...zurück...

6 Herrmann (Anm. 2), S. 22. ...zurück...

7 Herrmann (Anm. 2), S. 3. ...zurück...

8 Vollständiger Text in: Udo Walendy, *Historische Tatsachen* Nr. 61, "Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich. 1. Teil", Vlotho, 1993, S. 17-18. ...zurück...

9 Der Hilfsverein wurde im Jahre 1901 gegründet, dessen Auswandererabteilung 1904 eingerichtet. 1917 entstand die Hauptstelle für jüdische Wandererfürsorge; das Palästinaamt der Zionistischen Vereinigung für Deutschland entwickelte sich Mitte der zwanziger Jahre. ...zurück...

10 Der englische Originaltext wurde bisher nur veröffentlicht in: Weckert, *Flashpoint. Kristallnacht 1938. Instigators, Victims and Beneficiaries*, Costa Mesa: IHR 1991, S. 145-148. Eine deutsche Übersetzung findet sich in *Feuerzeichen. Die "Reichskristallnacht". Anstifter und Brandstifter - Opfer und Nutznießer*, Tübingen 1981, S. 275-281. [Das Buch *Feuerzeichen* ist heutzutage in Deutschland verboten, daher bringen wir für unsere deutschen Leser den Text des Rublee-Wohlthat-Abkommens im Anhang zu dieser Schrift - ebenso das englische Original; Anm. d. Scriptorium.] ...zurück...

11 Runderlaß 54/33 des Reichswirtschaftsministeriums vom 28.8.1933, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA), Sonderreferat W, Finanzwesen 16, Bd. 2. Der Text des Haavara-Abkommens ist abgedruckt in: Weckert, *Feuerzeichen*, S. 219f. ...zurück...

12 Werner Feilchenfeld, Dolf Michaelis, Ludwig Pinner, *Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939*, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 26, Tübingen 1972, S. 48. ...zurück...

13 Feilchenfeld (Anm. 12), S. 49. ...zurück...

14 Avraham Barkai, *Vom Boykott zur "Entjudung". Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943*, Fischer #4368, Frankfurt 1988, S. 63. ...zurück...

15 Ferdinand Kroh, *David kämpft*. Vom jüdischen Widerstand gegen Hitler. Mit einem Nachwort von Nathan Schwalbe-Dor. rororo aktuell #5644, Hamburg 1988, S. 24. Diese Arbeit strotzt nur so vor Ungenauigkeiten und Verzerrungen. Der gesamte Komplex der Auswanderung ist voller falscher Behauptungen; z.B. S. 28: "Die Nationalsozialisten ließen sich die Vertreibung bezahlen." Die Auswanderer nach Palästina hätten die Reichsfluchtsteuer zahlen und die Devisen zu einem Phantasiepreis tauschen müssen. Beides stimmt nicht. ...zurück...

16 Feilchenfeld (Anm. 12), S. 54f. ...zurück...

17 Feilchenfeld (Anm. 12), S. 49. ...zurück...

18 Die "Paltreu" war eine Art Schwesternorganisation der Haavara. Ihre Aufgabe war es, Vermögenstransfer über die Haavarabestimmungen hinaus durchzuführen. Sowohl die Leitung der Haavara wie auch der Paltreu lagen in jüdischen Händen. ...zurück...

19 Feilchenfeld (Anm. 12), S. 61f. ...zurück...

20 Schalom Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland*, mit einem Vorwort von Robert Weltsch. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 29, Tübingen 1974, S. 102f. ...zurück...

21 Rolf Vogel, *Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden*, München 1977, S. 48f. ...zurück...

22 Z.B. bei Francis R. Nicosia (*Hitler und der Zionismus. Das 3. Reich und die Palästina-Frage 1933-1939*, Leoni 1989. *The Third Reich and the Palestine Question*, Austin 1985; zur Lektüre zu empfehlen ist diese Originalausgabe, da die deutsche Übersetzung von sinnentstellenden Übersetzungs- und Druckfehlern nur so wimmelt.) Nicosia behauptet: "Die Furcht vor einem deutschen Warenrückgang auf den internationalen Märkten, auch auf denen des Nahen Ostens, beeinflußte die deutsche Regierung in ihrer Entscheidung, im Sommer 1933 mit zionistischen Vertretern das Haavara-Transferabkommen zu unterzeichnen." (S. 83.) ...zurück...

23 Feilchenfeld (Anm. 12), S. 29. ...zurück...

24 Feilchenfeld (Anm. 12), S. 99. ...zurück...

25 Feilchenfeld (Anm. 12), S. 107. ...zurück...

26 Feilchenfeld (Anm. 12), S. 102. ...zurück...

27 Feilchenfeld (Anm. 12), S. 106. ...zurück...

28 Feilchenfeld (Anm. 12), S. 108. ...zurück...

29 Edwin Black, *The Transfer Agreement. The untold story of the Secret Agreement Between the Third Reich and Jewish Palestine*, New York/London 1984. ...zurück...

30 Feilchenfeld (Anm. 12), S. 54. ...zurück...

31 zit. in: Vogel (Anm. 21), S. 110f. ...zurück...

32 Purim: Im biblischen Buch Ester wird ein historisch nicht belegbares Ereignis geschildert. Die jüdische Frau des persischen Königs, Ester, hat erfahren, daß ein Plan zur Ausrottung der Juden in Persien bestehen soll, den ein Hofbeamter, Haman, ausführen will. Der Perserkönig Ataxerxes ist dem Plan zunächst nicht abgeneigt. Da greift Ester zu einer List, um ihr Volk zu retten. Anläßlich eines Festbanketts verführt sie Haman und läßt sich von dem König in eindeutiger Situation überraschen. Ihm gegenüber behauptet sie, Haman habe sie vergewaltigt. Jetzt wendet sich der Zorn des persischen Königs gegen Haman, und er läßt ihn aufhängen. Es gelingt Ester, den König zu überreden, im gesamten persischen Reich den Juden freie Hand gegen ihre Gegner zu lassen.

"In allen Provinzen des König Ataxerxes taten sich die Juden in den Städten zusammen und überfielen die, die den Untergang der Juden geplant hatten. Niemand konnte vor ihnen standhalten; denn alle Völker hatte Schrecken vor ihnen befallen." (Est 9,2)

Die Bibel berichtet, daß insgesamt in zwei Tagen 75.000 Menschen von den Juden ermordet wurden.

Die Geschichte hat, wie bereits gesagt, keine historische Grundlage. Ein theologisches Lehrbuch bemerkt dazu: "Das Judentum fand aber im Esterbuch die erzählte Wunscherfüllung dessen, was es real für Juden nicht gab." (Horst Dietrich Preuß und Klaus Berger, *Bibelkunde des Alten und Neuen Testaments. Erster Teil: Altes Testament*, (UTB 887) 3. Aufl., Heidelberg/Wiesbaden 1985, S. 118.)

Zum Gedächtnis an dieses jüdische Rachepogrom (wofür eigentlich Rache? Es war den Juden ja gar nichts geschehen!) wurde das Purim-Fest gestiftet und wird bis auf den heutigen Tag im Februar/März als großes Freudenfest begangen und mit einer Art Karnevalsumzug gefeiert. ...zurück...

33 Leopold Edler von Mildenstein, "Ein Nazi fährt nach Palästina", in: *Der Angriff*, 26. 9. - 9. 10. 1934; hier: 1. 10. 1934. ...zurück...

34 Feilchenfeld (Anm. 12), S. 71. ...zurück...

35 Paradox muß das jedenfalls jedem erscheinen, der seine zeitgeschichtliche Bildung aus den Medien bezieht und in der SS eine organisierte Mörderbande des Dritten Reiches zu sehen gewohnt ist, die in erster Linie für den Holocaust an den Juden verantwortlich zeichnet. ...zurück...

36 Reichsführer SS, Chef des Sicherheitsamtes: Lagebericht Mai/Juni 1934, Die Judenfrage; zit. in: Nicosia (Anm. 22), S. 106. ...zurück...

37 Nicosia (Anm. 22), S. 244. ...zurück...

38 Nicosia (Anm. 22), S. 217. Nur in der englischen Originalausgabe; in der deutschen Übersetzung findet sich an dieser Stelle ein leeres Blatt. ...zurück...

39 Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, München 1965, S. 90, 91; Jon und David Kimche, *Des Zornes und des Herzens wegen. Die illegale Wanderung eines Volkes*, ("The secret Roads", dt.) Berlin 1956, S. 17, 30; für die von Kimche aufgestellte Behauptung eines Kopfgeldes, das auswandernde Juden zu leisten gehabt hätten, gibt es keinen Beweis. Das scheint eine der Phantasiebehauptungen zu sein, ohne welche man offensichtlich solche Bücher, die die Wahrheit über ein sehr umstrittenes Thema behandeln, auf jüdischer Seite nicht schreiben kann. ...zurück...

40 vgl. die Aufzeichnungen Weizsäckers in: *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945* (ADAP), Serie D (1937-1945), Bd. 5: Polen, Südosteuropa, Lateinamerika, Klein- und Mittelstaaten, Juni 1937 - März 1939, Baden-Baden 1953: "27.7.1938: Der Amerikanische Botschafter sprach mich heute (...) darauf an, ob wir nicht in irgendeiner Weise dem Evian-Komitee (...) unsere Mitarbeit leihen würden. Ich habe ihm gesagt, er möge sich darauf keine Hoffnungen machen." (Dok. 641, S. 754.) "18.10.1938: Der Britische Botschafter brachte heute bei mir das anliegende Memorandum vor, welches das zwischenstaatliche Comité (...) behandelt. In dem Memorandum wird - wie schon vor etwa zwei Monaten - angeregt, daß der in London residierende Direktor des Comités, der Amerikaner Rublee und sein Mitarbeiter Herr Pell nach Berlin kommen, um mit den deutschen Behörden in eine Besprechung (...) einzutreten (...) Ich habe dem Botschafter - wie schon einmal im Sommer - auseinandergesetzt, daß eine Reise von Herrn Rublee nach Deutschland nach meiner persönlichen Auffassung keinen Wert habe." (Dok. 645, S. 758.) "7.11.1938: Der Britische Geschäftsträger fragte mich heute wieder nach dem Stande der Sache Rublee. Ich erklärte" ihm, (...) "die Sache müsse ihre Zeit haben. (...) habe ich ihn gefragt, wieviel prozentig Rublee Arier sei (...)" (Dok. 648, S. 761); ferner Dokumente 646, 647, 662. Weitere ablehnende Stellungnahmen von Weizsäcker und dem AA sind zitiert bei: Vogel (Anm. 21), S. 180-228. ...zurück...

41 ADAP Serie D, Bd. 5, S. 768f., Dok. 655. ...zurück...

42 "Paraphierung von Vereinbarungen mit Mr. Rublee kommt nicht in Betracht." ADAP Serie D, Bd. 5, Dok. 662. ...zurück...

43 Vogel (Anm. 21), S. 252ff. ...zurück...

44 Vogel (Anm. 21), S. 238f. ...zurück...

45 An dieser geringen Summe, die offensichtlich zur Bestreitung der Lebenshaltungskosten ausreichend war, kann man ermessen, welche Kaufkraft 1000 Palästina-Pfund damals hatten. ...zurück...

46 Aus: *Philo-Atlas. Handbuch für die jüdische Auswanderung*, Berlin 1938, Sp. 141-144, zit. in: Brita Eckert (Hg.), *Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933-1941. Die Geschichte einer Austreibung.* Eine Ausstellung der deutschen Bibliothek, Frankfurt am Main, unter Mitwirkung des Leo Baeck Instituts, New York. Frankfurt am Main 1985. "Emigration", S. 143. ...zurück...

47 "Der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei hat die Entlassungssperre für Juden, die auszuwandern beabsichtigen, aufgehoben." Runderlaß vom 8.12.1938, Bundesarchiv Koblenz (BA), R 58/276, Bl. 165. Eine Anzahl ähnlich lautender Verfügungen bis in das Jahr 1942 findet sich in weiteren Dokumentenbänden. ...zurück...

48 Kimche (Anm. 39), S. 30. ...zurück...

49 Ausfhrlich dazu der Band von Kimche (Anm. 39), der allerdings einige sachliche Fehler aufweist. Interessante Einzelheiten finden sich auch im Aufsatz von Ball-Kaduri, der jedoch, wie Kimche, nicht immer ganz zutreffend ist. Kurt Jakob Ball-Kaduri, "Illegale Judenauswanderung aus Deutschland nach Palästina 1939/1940 - Planung, Durchführung, und internationale Zusammenhänge", in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte*, hg. v. Walter Grab, Bd. 4, Tel Aviv 1975, S. 387-421. ...zurück...

50 Der komplette Name lautet "Irgun Zewai Leumi" = "Nationale Militärorganisation". Abraham Stern hatte sich zwar bereits im September 1940 von der "Irgun" getrennt und eine eigene Gruppe, "Lechi" ("Lochamei Cherut Israel" = "Kämpfer für die Freiheit Israels") gegründet. Aber in den ersten Monaten nach der Trennung firmierte er noch mit dem alten Namen, da er sich als Vertreter der legitimen "Irgun" fühlte. ...zurück...

51 Samuel Katz, *Tage des Feuers. Das Geheimnis der Irgun*, Königstein/Ts. 1981, S. 85f. ...zurück...

52 Laut Brenner hat Stern das betreffende Schreiben veranlaßt. Lenni Brenner, *Zionism in the Age of the Dictators*, Westport 1983, S. 267. ...zurück...

53 Werner Otto v. Hentig, *Mein Leben eine Dienstreise*, Göttingen 1962, S. 338f. ...zurück...

54 Hentig (Anm. 53), S. 399. ...zurück...

55 Kopie dieses Schreibens befindet sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PA/AA), Nr. E 234152-234158. ...zurück...

56 Nicosia (Anm. 22), S. 245. ...zurück...

57 Rosenstock versucht etwas Licht in diese Verwirrung zu bringen, indem er wenigstens die Imponderabilien aufzeigt und damit klarmacht, daß alle Zahlen Vermutungen bleiben müssen: Werner Rosenstock, "Exodus 1933-1939. Überblick über die jüdische Auswanderung aus Deutschland", in: Robert Weltsch (Hg.), *Deutsches Judentum - Aufstieg und Krise. Gestalten, Ideen, Werke*, Stuttgart 1963, S. 380-405. ...zurück...

58 Dieser sich kompliziert lesende Satz heißt mit klaren Worten: Die deutsche Judenpolitik, d.h. die Ausweisung der Juden aus Deutschland, ist möglicherweise in den Augen der Welt unmoralisch. Sie gewänne aber an moralischer Berechtigung, wenn durch diese Ausweisung ein Judenstaat entstehen würde. Der Zweck heiligt die Mittel, oder: Was den Deutschen eigentlich nicht erlaubt wäre, ist für die jüdischen Nationalisten eine willkommene Unterstützung ihres Kampfes und damit gerechtfertigt. ...zurück...

59 Dies war offenbar strategische Propaganda seitens der "Irgun" - denn wie man unterdessen weiß, hatte Hitler keinerlei Wunsch, "England zu isolieren und zu schlagen": im Gegenteil, er war an Verständigung und Aussöhnung interessiert und daß seine diesbezüglichen Bestrebungen scheiterten, lag an *Englands* ablehnender Haltung. Man vergleiche z. B. Englands Krieg gegen Deutschland von Peter Nicoll, oder Es war nicht Hitlers Krieg und Die Kriegstreiber: Englands Politik gegen Deutschland 1937 bis 1939 von Max Klüver, oder eine Vielzahl anderer Quellen! [Anm. d. Scriptorium] ...zurück...

60 Dieser Anhang stammt nicht aus dem Heft "Auswanderung der Juden aus dem Dritten Reich" von Ingrid Weckert; die beiden auf dieser Seite wiedergegebenen Fassungen des Rublee-Wohltat-Abkommens (englisches Original und deutsche Übersetzung) sind zwecks Vollständigkeit von uns hier eingefügt worden, da diese wichtigen Dokumente sonstwo nicht einfach zu finden sind. *[Anm. d. Scriptorium.]*
Der Text der Übersetzung stammt von S. 275-281 des Buches *Feuerzeichen* (Anm. 10). ...zurück...

61 This Appendix is not part of the original booklet "Auswanderung der Juden aus dem Dritten Reich" by Ingrid Weckert; the two versions (English original and German translation) of the Rublee-Wohltat-Agreement have been added here by us for the sake of completeness, since these important documents are not readily found elsewhere. *[Scriptorium]*
The text of this document was taken from pages 145-148 of the book *Flashpoint* (Note 10).
...back...

